

Dominic Völz
Timm Christian Janda

Thesen zur Netzpolitik

Ein Überblick

DIVSI Veröffentlichungen

Studien

Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2012

Meinungsführer-Studie: Wer gestaltet das Internet?, 2012

Entscheider-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2013

Reden

Roman Herzog: Internet und Menschenwürde, 2013

Olaf Scholz: Braucht das Internet Vertrauen?, 2013

Diskussionsbeiträge

Dominic Völz, Timm Christian Janda: Thesen zur Netzpolitik – Ein Überblick, 2013

Christina Heckersbruch, Ayten Öksüz, Nicolai Walter, Jörg Becker, Guido Hertel: Vertrauen und Risiko in einer digitalen Welt, 2013

DIVSI Magazin

Ausgabe März 2012

Ausgabe Juni 2012

Ausgabe November 2012

Ausgabe März 2013

Förderungen

Thomas Fischermann/Götz Hamann: Zeitbombe Internet, Gütersloher Verlagsgruppe, 2012

Hans Peter Bull: Netzpolitik – Freiheit und Rechtsschutz im Internet, Nomos-Verlag, 2013

Über die Autoren



Dominic Völz, M.A.
geb. 1982
Politikwissenschaftler

Freier Mitarbeiter am Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Projektmitarbeiter der Stiftung Herzogtum Lauenburg

Inhaltliche Schwerpunkte: Netzpolitik, Open Government, Norddeutsche Kooperationen, demografischer Wandel, Energiewende sowie Service/Lebensqualität in ländlichen Räumen



Timm Christian Janda, M.A., Mag. rer. publ.
geb. 1980
Politik- und Verwaltungswissenschaftler

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Inhaltliche Schwerpunkte: Netzpolitik, Open Government, Social Media, Verwaltungsmodernisierung

Dominic Völz / Timm Christian Janda

Thesen zur Netzpolitik

Ein Überblick

Herausgeber:
Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)
Mittelweg 142, 20148 Hamburg
www.divsi.de

Redaktion:
Dr. Göttrik Wewer

Die Beiträge, die in dieser Reihe erscheinen, geben die Auffassung der Autoren wieder und sind als Beiträge zur öffentlichen Diskussion zu verstehen. Sie müssen nicht unbedingt der Position des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) entsprechen.

Die Schriften in dieser Reihe dürfen, ohne den Inhalt zu verändern und unter Hinweis auf die Quelle, frei vervielfältigt und weitergegeben werden. Hinweise auf Vervielfältigungen an den Herausgeber sind erbeten.

ISSN 2196-6729

Geleitwort

Das Verhalten des Menschen orientiert sich an inneren Werten, sozialen Normen und rechtlichen Regelungen. Werte eignet man sich im Laufe seines Lebens an, sie sind dann relativ stabil und ändern sich nicht so schnell, gelten aber nur für einen selbst. Während für die einen Respekt, Ehrlichkeit und Fairness wichtig sind, mögen andere diese Werte eher gering schätzen. Recht und Gesetz gelten hingegen für uns alle, können aber im Prinzip jederzeit geändert werden (innerhalb gewisser Grenzen und abgesehen von einigen Regeln, die nach Art. 79 Abs. 3 GG eine „Ewigkeitsgarantie“ besitzen, wie etwa die Achtung der Menschenwürde). Hierfür braucht man jedoch eine Mehrheit im Parlament. „Ein Federstrich des Gesetzgebers und ganze Bibliotheken werden zu Makulatur“, sagte schon 1848 der Berliner Staatsanwalt Julius Heinrich von Kirchmann in seinem Traktat über „Die Wertlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft“.

Soziale Normen zeigen an, was sich schickt und was sich nicht gehört. Diese Normen sind nicht starr, sondern wandeln sich mit der Gesellschaft. Manches, was vor einigen Jahrzehnten noch als unschicklich gegolten hätte („das tut man nicht“), ist heute gang und gäbe. Während Telefonzellen früher gelb waren und schalldicht isoliert, damit niemand draußen das Gespräch mithören konnte, bekommen wir heute überall ungewollt mit, was andere am Handy aus ihrem Leben erzählen. Im Fernsehen entblößen sich viele Menschen in einer Art und Weise, die früher als peinlich gegolten hätte. Wir tolerieren oder ignorieren das, schmunzeln darüber oder schalten einfach um. „Klick mich“ zum Titel eines Buches zu wählen – davon hätten einer jungen Frau früher die Meisten wohl abgeraten.

Soziale Normen verändern sich, aber nicht schlagartig, sondern nur allmählich. Sie sind weniger stabil als Werte, aber schwerer zu verändern als Gesetze, die im Prinzip jederzeit geändert werden können. Es gibt soziale Normen, die fast alle in unserer Gesellschaft für sich akzeptieren, und es gibt Minderheiten, die nach ganz eigenen Normen leben. Die sich nicht an die allgemeinen Spielregeln halten wollen und das durch eine eigene Sprache, besondere Kleidung, spezielle Musik und einen bestimmten Lebensstil zum Ausdruck bringen. Während wir alle den gleichen Gesetzen unterliegen, ob wir das wollen oder nicht, müssen soziale Normen freiwillig befolgt werden. Während der Staat dafür zu sorgen versucht, dass Gesetz und Recht eingehalten werden, müssen wir uns als Gesellschaft selbst darüber verständigen, wie wir außerhalb von Recht und Gesetz miteinander umgehen wollen.

Das gilt in der realen Welt ebenso wie in der virtuellen Welt. Je stärker der gesellschaftliche Grundkonsens darüber ist, was man darf und was man besser lassen sollte, desto weniger ist der Gesetzgeber gefordert. Rechtliche Vorgaben sind erst dann nötig, wenn sich soziale und politische

Streitfragen nicht anders auflösen lassen. Rechtliche Regelungen und soziale Normen dürfen dabei nicht zu weit auseinander klaffen: Eine Vorschrift, die nach verbreiteter Einschätzung längst überholt ist, dürfte ignoriert oder unterlaufen werden; ein Gesetz, das den Überzeugungen der Bürger zu weit voraus eilt, dürfte kaum befolgt werden.

In der Frühphase des Internets, als sich dort praktisch nur Forscher untereinander austauschten, bedurfte es keiner förmlichen Vereinbarung, wie man sich im Netz zu verhalten hätte, weil es einen informellen Konsens darüber gab, was geht und was nicht. Man kannte sich und schätzte sich und niemand wäre auf die Idee gekommen, dort etwa über Kollegen herzuziehen, sie zu beleidigen oder zu verunglimpfen, oder sich vor allen anderen „zum Affen“ zu machen. Die „Declaration of Independence of Cyberspace“ von John Perry Barlow aus dem Jahre 1996 lässt sich auch als Versuch lesen, den brüderlichen Umgang der Internet-Pioniere untereinander und die Freiheit der Nutzer gegen Einmischungen von Staat und Wirtschaft zu verteidigen.

Je weiter das Netz für kommerzielle, private und staatliche Nutzungen geöffnet wurde, desto weniger konnte allein die Wissenschaft mit ihrem Selbstverständnis und ihren Spielregeln den Umgang miteinander prägen. 1984 stellte der Journalist Steven Levy in seinem Buch „Hackers: Heroes of the Computer Revolution“ erstmals einige Regeln für das Netz auf. Diese sechs Grundsätze, von denen inzwischen verschiedene Abwandlungen kursieren, sind das Fundament einer „Hacker-Ethik“, eine Art moralisch-ideologisches Grundgesetz für die Netzgemeinde. Herwart („Wau“) Holland-Moritz, einer der Gründer des Chaos Computer Clubs und sein späterer Ehrenpräsident, Doyen der deutschen Hackerszene, ergänzte diese Spielregeln um zwei weitere, nämlich: „Mülle nicht in den Daten anderer Leute.“ Und: „Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen.“ 2011 hat der Chaos Computer Club „Forderungen für ein lebenswertes Netz“ aufgestellt, die diese Grundsätze ergänzen und erweitern. Andere haben unabhängig davon versucht, für den Umgang miteinander im Netz eine „Netiquette“ zu entwerfen. Das alles deutet darauf hin, dass schon früh nach gewissen Regeln, nach sozialen Normen anstelle staatlicher Vorgaben, nach einem neuen Konsens gesucht wurde.

Am 22. Juni 2010 hat Thomas de Maizière, damals Bundesminister des Innern, vierzehn Thesen zu den Grundlagen einer Netzpolitik zur Diskussion gestellt. Andere haben darauf, wie der folgende Überblick von Dominic Völz und Timm Christian Janda vom Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zeigt, mit eigenen Thesen geantwortet. Die vergleichende Auswertung von neun verschiedenen Thesenpapieren lässt erkennen, wo sich so etwas wie ein neuer Konsens abzeichnet und in welchen Punkten noch erheblicher Dissens besteht. Zusätzliches Material zu diesen Fragen hat auch die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Deutschen Bundestages aufbereitet, die in diesem Frühjahr ihre Arbeit abgeschlossen hat.

Thesen sind etwas Vorläufiges. Sie stellen Ansichten, Überzeugungen und Behauptungen dar, erheben aber nicht den Anspruch, schon in jedem Punkt der Weisheit letzter Schluss zu sein. Sie haben etwas Tastendes und sind eine Einladung zur Gegenrede und zum Widerspruch. Die vergleichende Auswertung der verschiedenen Thesenpapiere in dieser Broschüre soll diese Diskussion erleichtern.

Thesen können verschiedene Funktionen haben: als Diskussionsbeitrag, als Positionspapier, als Arbeitsgrundlage. Das wird auch in den Papieren deutlich, die hier vorgestellt werden. Während die sieben Thesen des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) einen ersten Versuch darstellen, vorrangig das eigene Selbstverständnis und damit seine „Geschäftsgrundlage“ zu skizzieren, wollen sich die meisten anderen Autoren mit ihren Papieren bewusst in die öffentliche Diskussion einmischen. Soweit es sich um einzelne Personen handelt – wie bei Malte Spitz (Grüne) oder Pavel Mayer (Piraten) –, sprechen diese nicht für ihre Partei, sondern zunächst nur für sich. Auch das macht deutlich, dass es sich nicht um die „offizielle“ Position der jeweiligen Partei handelt, sondern um einen Beitrag, um womöglich zu einer solchen Position zu kommen, aber auch, um sich gegenüber anderen Thesen abzugrenzen. Der CSU-Netzbeirat ist in der Satzung dieser Partei ebenso wenig verankert wie der SPD-nahe Verein D64 in der Satzung jener Partei. Überall tasten sich offenbar Pioniere voran. Hinter den Thesen des damaligen Innenministers hat sich auch nicht gleich das gesamte Bundeskabinett versammelt. Ohne die Denkanstöße, die von verschiedenen Seiten geleistet worden sind, wären wir aber noch nicht so weit, wie wir heute sind. Sie verdienen es, noch breiter diskutiert zu werden. Die vorliegende Broschüre, die man auch auf der Homepage des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet abrufen kann, soll das erleichtern.

Der Dank gilt den beiden jungen Wissenschaftlern für die Dokumentation und vergleichende Auswertung der verschiedenen Thesenpapiere. Sie erleichtern damit nicht nur die weitere Diskussion, sondern vermitteln in der direkten Gegenüberstellung der einzelnen Positionen zusätzliche, teilweise überraschende Einblicke und Einsichten. Ich wünsche ihrer Arbeit viele interessierte Leserinnen und Leser.

Hamburg, im Juni 2013

Dr. Göttrik Wewer

Thesen zur Netzpolitik: ein Überblick

Dominic Völz, Timm Christian Janda

1. Einleitung

Die Entwicklung des Computers und die Digitalisierung des Lebens haben die Welt in den letzten Jahrzehnten entscheidend geprägt und verändert. Die weitreichendsten Veränderungen haben sich jedoch durch die Entwicklung des Internets von einem wissenschaftlichen Werkzeug an Universitäten hin zu einem sozialen Alltagsinstrument ergeben. Dieses hat neben allen Vorteilen eine Reihe von Fragen bezüglich der Kommunikation miteinander und dem Verhältnis der Internet-Nutzer zueinander aufgeworfen: Wie sollen wir im Netz miteinander umgehen? Welche Regeln gelten für die Kommunikation im Netz? Welche Werte liegen dem Umgang mit dem neuen Medium Internet zu Grunde?

Während einige dieser Fragen zu Beginn der Internet-Entwicklung noch über ein konsensorientiertes Selbstverständnis der Nutzer in Form einer „Netiquette“ und „Hacker-Ethik“ geklärt werden konnten, haben die Entwicklung und weite Verbreitung des Internets seit Mitte der 1990er Jahre einen erweiterten Regelungsbedarf geschaffen – nicht zuletzt dadurch, dass sich das Internet von einem akademischen Experten-Instrument zu einem Massenmedium gewandelt hat. Die Anzahl der Nutzer ist nicht nur gestiegen, sie ist auch bunter geworden, wobei sich Art und Umfang der Nutzung teils erheblich unterscheiden.¹

Eine Regulierung erfolgte zunächst lediglich über Anpassungen des Rechtsrahmens als Erweiterung von Vorschriften für das „Internet“. In den letzten Jahren ist darauf aufbauend ein eigenständiges Politikfeld der „Netzpolitik“ entstanden, das prospektiv die Entwicklung des Internets und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft aus einer systemischen Perspektive betrachten und handhaben soll. Die Notwendigkeit einer solchen integrierten Netzpolitik ergibt sich nicht zuletzt durch die vielfältigen Themenbereiche, die sich um das Internet auf tun und die in vielfältigster Weise miteinander verknüpft sind.

Die „Netzpolitik“ und die vielseitigen Themen, die von diesem Politikfeld umfasst werden (sollen), bieten Akteuren eine Menge Raum, sich (netzpolitisch) zu positionieren. Die Handhabung von Fragen im Bereich des neuen Politikfelds vollzieht sich bei vielen relevanten Akteuren noch über die Abhandlung von Einzelthemen. Andere Akteure hingegen haben bereits versucht, die Thematik in ihrer Breite aufzugreifen, zumeist in Form von Thesensätzen („Netzthesen“). Diese sind, auch wenn sie vielfach

¹ Vgl. z. B. DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, online abrufbar unter www.divsi.de/divsi-milieu-studie.

ausdrücklich zur Diskussion gestellt werden und daher keine abschließenden Positionierungen darstellen, eine gute Informationsquelle für die Frage, wie sich verschiedene Akteure – zunächst grundlegend und ggf. vorläufig – in Bezug auf die Netzpolitik in ihrer Gesamtheit positionieren möchten. Daraus lassen sich – im Gegensatz zur Abhandlung von Einzelthemen, die häufig noch anderen Politikfeldern zugeordnet sind – grundlegende Positionen zur Netzpolitik in ihrer Gesamtheit ableiten. Vorreiter war der damalige Bundesminister des Innern Thomas de Maizière, der seine Thesen 2010 explizit als Anstoß zur Diskussion veröffentlicht hat.

Die vorliegende Untersuchung setzt sich mit den vorhandenen netzpolitischen Thesen auseinander und zeigt sie in ihrer Gesamtheit auf, um eine Bestimmung von Positionen relevanter Akteure im Bereich des Politikfeldes Netzpolitik zu ermöglichen. Dabei soll auch aufgezeigt werden, bei welchen relevanten Themen grundsätzlich Konsens oder Dissens unter den Akteuren herrschen. Dementsprechend wurden nur Thesensätze in die Untersuchung einbezogen, die sich aus einer Gesamtperspektive mit dem Politikfeld Netzpolitik befassen. Die untersuchten Thesen repräsentieren den Gesamtbestand netzpolitischer Thesen in Deutschland bis zum Frühjahr 2013. Sie bilden weder alle relevanten netzpolitischen Akteure noch alle derzeit diskutierten netzpolitischen Themen ab, was auch der schwierigen Vereinbarkeit von grundlegender Positionierung und rascher Internet-Entwicklung geschuldet ist. Ziel ist es, einen Überblick und eine grundlegende Orientierung im Bereich der Netzpolitik zu bieten und somit etwas Ordnung in das breit gestreute Themenfeld zu bringen.

Im Folgenden werden zunächst die Thesen vorgestellt und beschrieben, die in die Auswertung einbezogen wurden. Im Anschluss daran wird dargestellt, ob und wie einzelne Themen der netzpolitischen Diskussion durch die jeweiligen Autoren aufgegriffen wurden, um daraus ihre Positionierung abzuleiten. Die Schlussbetrachtung versucht nachzuzeichnen, bei welchen Themen Konsens oder eher Dissens herrschen und welche Themen in Zukunft voraussichtlich zusätzlich auf der netzpolitischen Agenda stehen werden.

2. Netzthesen – Autoren und Chronologie

Eine Orientierung zu zentralen Themen der netzpolitischen Diskussion bieten die von unterschiedlichen Autoren stammenden „Netzthesen“. Der grundlegende netzpolitische Diskurs soll im Folgenden anhand dieser netzpolitischen Thesen nachgezeichnet werden. In der vorliegenden Publikation wurden die Thesen der nachfolgenden Autoren (Personen und Institutionen) berücksichtigt:

- Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)
- Stephan Eisel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Autor von „Internet und Demokratie“
- Malte Spitz, Bündnis 90/Die Grünen
- Thomas de Maizière, (damaliger) Bundesminister des Innern
- Pavel Mayer, Piratenpartei
- D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt, SPD-naher Thinktank
- Netzzrat der Christlich Sozialen Union (CSU)
- Arbeitskreis Netzpolitik der Christlich Demokratischen Union (CDU)
- Chaos Computer Club (CCC), europäische Hackervereinigung

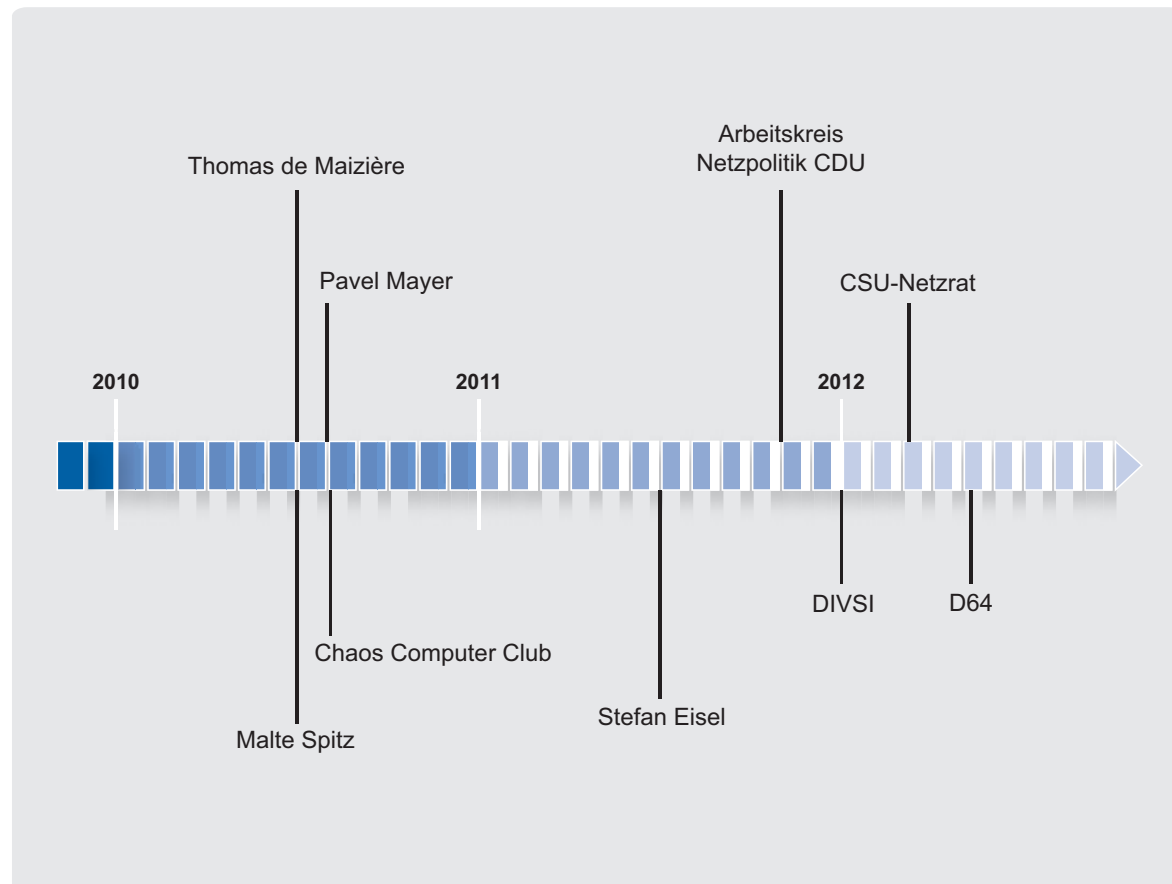
Die untersuchten Thesen wurden im Zeitraum 2010 bis 2012 veröffentlicht (vgl. Abb. 1). Den ersten „Block“ bilden die Thesen von Thomas de Maizière, die als Anstoß zur Diskussion zu sehen sind, und die Thesen, die darauf explizit oder implizit reagieren. Die Thesen des ersten Blocks entstammen alle gesamt dem Jahr 2010. Im darauf folgenden Jahr sind die Thesen von Stephan Eisel als eine Art mittlerer Teil zu sehen, auch wenn es sich hier nur um einen einzigen Thesensatz handelt. Den „späten“ Block bilden die Thesen des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU und des Netzzrates der CSU, des Vereins D64 und des DIVSI. Diese Thesensätze wurden ab Ende 2011 bis Mitte 2012 veröffentlicht.² Nach Mitte 2012 finden sich in Deutschland keine neuen Thesensätze mehr, die sich mit der Netzpolitik insgesamt befassen.

Die Vergleichbarkeit der untersuchten Thesen hat nicht unter dem zeitlichen Unterschied der Veröffentlichung gelitten, da der Zeitraum insgesamt relativ kurz ist (Juni 2010 bis April 2012). Von den in den Thesen adressierten Themen hat in diesem Zeitraum keines eine abschließende problem-lösende Regelung erfahren – alle sind somit nach wie vor in der Diskussion.

Die untersuchten Thesen unterscheiden sich bezüglich Fokus, Hintergrund und Umfang. Im Durchschnitt handelt es sich um zehn Thesen, wesentliche Abweichungen gibt es nach oben nur bei Stephan Eisel, der mit zwanzig Thesen arbeitet, sowie nach unten beim DIVSI und beim Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, die mit sieben bzw. fünf Thesen auskommen.

² Die Thesen des Vereins D64 wurden als Beta-Version im April 2012 zur Diskussion gestellt und endgültig im Dezember 2012 veröffentlicht. Da sich die beiden Versionen nicht unterscheiden, ist als „Stand“ der April 2012 anzunehmen, auch wenn die Veröffentlichung erst im Dezember erfolgte.

Abbildung 1: Chronologie der Veröffentlichung der Netzthesen



Auch die Hintergründe der Thesen-Veröffentlichung sind sehr unterschiedlich. Teilweise handelt es sich um Reaktionen auf die Thesen von de Maizière (z. B. Mayer, Spitz), teilweise um unabhängig davon entstandene Thesen, die z. B. der Ausrichtung der Organisation dienen sollen (DIVSI, D64). Sie dienen somit sowohl internen Zwecken als auch als Beiträge zur allgemeinen netzpolitischen Diskussion, manche Thesensätze erfüllen beide Zwecke. Vollständigen Eingang in offizielle Parteipositionen haben lediglich die Thesen von Pavel Mayer gefunden, die von der Piratenpartei übernommen wurden. Die Thesen anderer politischer Akteure (CDU-Arbeitskreis, CSU-Netzrat, de Maizière, Spitz) oder politiknaher Akteure (D64) wurden nicht in ihrer Gesamtheit als offizielle Position übernommen.

Die Thesen unterscheiden sich zudem darin, ob es sich um reine Thesen zur Thematik handelt (z. B. DIVSI) oder ob sie darüber hinaus Klarstellungen bieten (CSU-Netzrat, Eisel) oder in eine klare Positionierung zum Thema münden (alle anderen). Während bei den meisten Autoren die Thesen – ggf. mit Erklärung – allein stehen, verweist der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU auf weitere Positionspapiere, die zusammen mit den Thesen das Thema abbilden. Inhaltlich geht die Positionierung hier also über die Thesen selbst hinaus.

Die Autoren der Thesen lassen sich grob nach „politischen“ und „nicht politischen“ Autoren trennen. Zu „politischen“ Autoren zählen hier Thomas de Maizière, Malte Spitz, Pavel Mayer, der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU und der Netzrat der CSU sowie als parteinaher Thinktank der Verein D64. Zu

den „nicht politischen“ Autoren zählen der Chaos Computer Club, Stephan Eisel und das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI). Die Thesen lassen sich des Weiteren nach unterschiedlichen Kategorien bewerten, z. B. inwieweit sie eine direkte Reaktion auf die Thesen von de Maizière darstellen oder ob sie primär für interne Zwecke oder für die öffentliche Diskussion erarbeitet worden sind.

Auf den folgenden Seiten werden die untersuchten Thesen und ihre Entstehung kurz beschrieben.

Thomas de Maizière: „14 Thesen zu den Grundlagen einer gemeinsamen Netzpolitik der Zukunft“

Die Thesen von Thomas de Maizière wurden Ende Juni 2010 veröffentlicht und sind somit chronologisch die ersten Netzthesen. Andere wurden nachfolgend explizit oder implizit als Reaktion auf seine Thesen veröffentlicht. Die Thesen de Maizières sind das Ergebnis von vier Dialog-Veranstaltungen, die online zur Diskussion gestellt wurden – die Thesen selbst waren später ebenfalls Gegenstand einer Online-Konsultation. Teilnehmer der Konsultation konnten sie vier Wochen befürworten oder ablehnen, zudem gab es die Möglichkeit einer „neutralen“ Bewertung und die Möglichkeit, direkte Ideen zum Thesen-Inhalt zu äußern. Die Ergebnisse der Bewertung sind online abrufbar.³

Die Thesen wurden von de Maizière in seiner Rolle als Bundesminister des Innern veröffentlicht und stellen somit eine offizielle Äußerung dar. Sie sind als Beitrag zur Diskussion extern ausgerichtet und explizit nicht abgeschlossen, da sie die Grundlage für die Online-Konsultation darstellen und somit zur Diskussion gestellt wurden. Die Thesen finden sich im Original online unter:

www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/1099988/publicationFile/92073/thesen_netzpolitik.pdf

Malte Spitz: „10 Thesen zur netzpolitischen Diskussion“

Die „10 Thesen zur netzpolitischen Diskussion“ von Malte Spitz vom Juni 2010 sollen als Anstoß zur notwendigen Gestaltung der Digitalisierung dienen.

Spitz, Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen, hat die Thesen online auf seiner privaten Homepage und als Gastbeitrag auf dem Autorenblog carta.info veröffentlicht. Sie sind ein Beitrag zur innerparteilichen Debatte, allerdings aufgrund einer fehlenden Übernahme durch die Partei nicht als offizielle Parteiposition zu werten.

Obwohl Spitz in den Thesen nicht direkt auf die Thesen von de Maizière Bezug nimmt, deutet die zeitliche Nähe darauf hin, dass seine Thesen eine Reaktion auf diese sind, zumal sich Spitz im gleichen Zeitraum an anderer Stelle⁴ mit ähnlichem Inhalt kommentierend mit den Thesen

³ www.e-konsultation.de/netzpolitik/mitreden.

⁴ [www.zeit.de/digital/internet/2010-06/Maizière-spitz-netzpolitik/seite-1](http://www.zeit.de/digital/internet/2010-06/Maizi%C3%A8re-spitz-netzpolitik/seite-1)

de Maizières auseinandergesetzt hat. Die Thesen von Malte Spitz können online abgerufen werden unter:

www.carta.info/29562/10-thesen-zur-netzpolitischen-diskussion-raus-aus-der-hobby-ecke/ oder alternativ unter www.malte-spitz.de/themen/medienpolitik/3407535.html

Pavel Mayer: „Zehn Thesen“

Die „Zehn Thesen“ von Pavel Mayer wurden am 18. Juli 2010 als Antwort auf die Thesen von Thomas de Maizière online veröffentlicht. Mayer hat sie im Rahmen seiner Arbeit in der Piratenpartei dieser als Gegenposition zu de Maizière vorgeschlagen. Diesem Vorschlag ist die Partei gefolgt, indem sie die Thesen offiziell in Kurzform übernommen hat. Für die Begründung der Thesen wird auf die Online-Publikation von Mayer verwiesen, weshalb diese als Grundlage dient.

Die Thesen sind als Antwort auf de Maizière und somit als Beitrag zur Debatte extern angelegt, durch ihre Übernahme als Parteiposition sind sie zudem Handlungsrahmen und somit intern ausgerichtet. Eine Diskussion in Form einer Untermauerung bzw. Widerlegung der Thesen ist durch Mayer ausdrücklich erwünscht. Die Thesen von Pavel Mayer sind unter den folgenden Adressen in langer Form und verkürzter Form zu finden:

www.aggreat7.ath.cx/2010/07/18/zehn-thesen
www.berlin.piratenpartei.de/2010/07/21/piratenpartei-veroeffentlicht-10-thesen-zur-netzpolitik/

Chaos Computer Club (CCC): „Forderungen für ein lebenswertes Netz“

Die „Forderungen für ein lebenswertes Netz“ wurden am 19. Juli 2010 durch den Chaos Computer Club (CCC) online veröffentlicht. Der Club ist ein Verein deutscher Hacker, der „sich grenzüberschreitend für Informationsfreiheit einsetzt und mit den Auswirkungen von Technologien auf die Gesellschaft sowie das einzelne Lebewesen beschäftigt und das Wissen um diese Entwicklung fördert“.⁵

Die elf Thesen sind der Standpunkt des Vereins im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Chancen und Möglichkeiten des vernetzten Lebens. Nach Auffassung des Vereins liegt dieser Diskussion eine Fehleinschätzung darüber zugrunde, wo eine Regulierung notwendig ist und wo nicht.

Die Thesen stellen eine offizielle Positionierung im Rahmen der netzpolitischen Debatte dar und sind aufgrund der zeitlichen Nähe als Reaktion auf die Thesen von de Maizière zu werten, zumal explizit auf diese verlinkt wird. Die CCC-Thesen werden ausdrücklich zur Debatte gestellt, neben einer internen Ausrichtung zur Positionierung des Vereins sind sie somit auch ein Beitrag zur allgemeinen Diskussion. Die Thesen des Chaos Computer Clubs finden sich unter:

www.ccc.de/de/updates/2010/forderungen-lebenswertes-netz

⁵ Vgl. www.ccc.de/satzung.

Stephan Eisel: „Freiheit braucht Verantwortung – Zwanzig Thesen zum Umgang mit dem Internet“

Die zwanzig Thesen von Stefan Eisel sind Bestandteil seines Buches „Internet und Demokratie“, das 2011 in der Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) erschienen ist. Eisel war zum Zeitpunkt des Erscheinens dort Projektbeauftragter, die Thesen stellen jedoch keine explizite Positionierung der Stiftung dar. Die Thesen sind auch keine Reaktion auf die Thesen de Maizières, sondern das Ergebnis der Projektarbeit.

Dem Vorwort des Buches zufolge war es dem Autor ein Anliegen, im Rahmen der – seiner Meinung nach sehr ideologisch geführten – Debatte um die Auswirkungen des Internets einen nüchternen und sachlichen Beitrag zu leisten⁶. Die Thesen sind somit eher extern ausgerichtet und durch ihre Publikation in Buchform zunächst als abgeschlossen zu werten. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie war keine Erneuerung oder Aufarbeitung der Thesen bekannt.

Die Thesen von Stephan Eisel finden sich in seinem Buch „Internet und Demokratie“ und im PDF-Format unter:

www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/InternetDemokratie/internet_demokratie_20.pdf

Christlich Demokratische Union (CDU): „Bericht des Arbeitskreises Netzpolitik“

Die Thesen sind Bestandteil eines Berichts, den der parteiinterne Arbeitskreis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) zum 24. Parteitag im November 2011 vorgelegt hat. Der Arbeitskreis Netzpolitik ist ein innerparteiliches Forum für die Entwicklung der Netzpolitik.⁷

Die Thesen stellen keine Reaktion auf die Thesen von de Maizière dar. Sie sind intern ausgerichtet, eine Weiterentwicklung der Inhalte ist angedacht. Die Thesen sind insofern als offiziell zu werten, als der Arbeitskreis Netzpolitik ein institutionalisiertes innerparteiliches Forum darstellt – sie sind allerdings nicht als offizielle Parteiposition übernommen worden. Der Bericht ist online verfügbar:

www.cdu.de/doc/pdfc/111114-bericht-zur-netzpolitik.pdf

DIVSI: „Sieben Thesen zu Vertrauen und Sicherheit im Internet“

Die „Sieben Thesen zu Vertrauen und Sicherheit im Internet“ wurden 2012 durch den damaligen Schirmherrn Joachim Gauck vorgestellt.

Die Thesen sollen als Richtschnur für die Arbeit des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) dienen, einer unabhängigen, gemeinnützigen Gründung der Deutsche Post AG, sie sind keine Reaktion auf die Thesen von de Maizière. Sie sind primär intern ausgerichtet und somit

⁶ Vgl. Eisel 2011, S. 9.

⁷ Vgl. www.cdu.de/politikaz/netzpolitik.php.

kein direkter Beitrag zur allgemeinen Debatte, aber als offizielle Position zu sehen. Die Thesen des DIVSI sind im Original abzurufen unter:

www.divsi.de/institut/sieben-thesen

Netzrat der Christlich Sozialen Union (CSU): „In Freiheit und Fairness“

Die Thesen des Netzrates der Christlich Sozialen Union (CSU) sind Bestandteil des 2. Positionspapiers „In Freiheit und Fairness“, das 2012 im Rahmen des gleichnamigen Netzkongresses der CSU veröffentlicht wurde. Das Papier folgt dem 1. Positionspapier des Netzrates aus dem Jahr 2011 und stellt keine Reaktion auf die Thesen von de Maizière dar. Der CSU-Netzrat versteht sich als „unabhängiges Expertengremium“⁸, das Positionen zu internetspezifischen Fragestellungen erarbeitet und vorlegt. Das erste Positionspapier wurde noch explizit als Diskussionsgrundlage bezeichnet und sollte „der parteiinternen und öffentlichen Debatte neuen Schwung geben und einen Beitrag zur Meinungsfindung leisten“.⁹ Das zweite Netzpapier steht in dieser Tradition, auch wenn dies so nicht benannt wird. Die Thesen sind somit intern wie extern ausgerichtet. Eine offizielle Übernahme durch die Partei hat noch nicht stattgefunden. Das Positionspapier des CSU Netzrates kann online abgerufen werden unter:

www.csu.de/dateien/partei/dokumente/positionspapier2_netzrat.pdf

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt: „D64 Charta“

Die Thesen des D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt wurden 2012 als „Charta“ durch Gründungsmitglieder und Vorstand des Vereins veröffentlicht. Der Verein D64 versteht sich als sogenannter Thinktank, der die „Digitalisierung“ mit gestalten und politische Veränderungen erreichen möchte.¹⁰ Der Verein gilt als „SPD-nah“.¹¹

Die Thesen sollen als Orientierung für die zukünftige Arbeit des Vereins dienen und sind somit zunächst intern ausgerichtet. Sie wurden zuerst im Frühjahr 2012 als „Beta-Version“ veröffentlicht, d. h. Änderungen, Kommentare und Diskussionen durch die Mitglieder waren erwünscht. Ende Dezember 2012 wurde die „Charta“ auf der Homepage des Vereins als fertig entwickelte Positionsbestimmung für 2013 vorgestellt.¹² Die Thesen sind somit als vorerst abgeschlossen zu betrachten, zumal kein inhaltlicher Unterschied zwischen der Beta-Version und der aktuellen Fassung besteht. Die „Charta“ des Vereins D64 findet sich unter:

www.d-64.org/wp-content/uploads/2012/12/d64_charta_2012.pdf

⁸ Vgl. CSU 2012, S. 4.

⁹ Vgl. CSU 2011, S. 5.

¹⁰ Vgl. <http://d-64.org/mission-statement/>.

¹¹ Vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/spd-nahe-internetverein-d64-lobbying-fuer-investoren-a-868730.html>.

¹² Vgl. <http://d-64.org/die-d64-charta/>.

3. Netzthesen – Inhalte

Die Autoren der Netzthesen greifen nicht nur einzelne Themen der aktuellen Debatte heraus, sondern behandeln das Thema Netzpolitik mithilfe mehrerer Thesen in seiner ganzen Breite. Durch die Gesamtschau der Thesen bietet sich ein guter Überblick über die aktuelle netzpolitische Diskussion in Deutschland. Grundsätzlich wäre eine Reduzierung der Thesen auf Schlagwörter allein nicht ausreichend, entlang einzelner Begriffe lassen sich jedoch zunächst die aufgegriffenen Themen nachzeichnen. Je nach Verfasser gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, wobei einige Themen die Diskussion dominieren. Bei einigen Autoren erscheinen bestimmte Werte gar nicht, teilweise werden auch mehrere Themen in einer These oder ein Thema in mehreren Thesen (innerhalb eines Thesensatzes) abgehandelt.¹³

Wie bestimmte Themen von den Autoren aufgegriffen werden, wird im Folgenden dargestellt. Der Fokus liegt dabei auf dem Inhalt der Thesen. Darüber hinausgehende Inhalte und Positionen innerhalb der untersuchten Dokumente oder weitergehender Positionspapiere bleiben unberücksichtigt, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Themen anhand ihres Tenors in vier Kategorien eingeteilt. Diese beziehen sich zum einen auf tatsächliche und mögliche Auswirkungen des Internets (Kategorien „Chancen“ und „Kontroversen“), zum anderen auf seine Nutzung und eine ggf. notwendige Regulierung (Kategorien „Internet-Nutzung“ und „Netzpolitik“).

3.1 Kategorie „Internet-Nutzung“

Die erste Kategorie „Internet-Nutzung“ beinhaltet all die Themen, die sich mit dem Internet als solches und seiner Nutzung als Medium oder Instrument beschäftigen. Dies beinhaltet die grundlegenden Werte, die für die Kommunikation im Internet angelegt werden sollen, ebenso wie notwendige Bildungsaspekte.

Internet als Instrument

Obwohl das Internet in vielen Bereichen Eingang in das tägliche Leben gefunden hat, herrscht immer noch wenig Klarheit darüber, wie es selbst zu charakterisieren ist, und welche Schlüsse aus einer solchen Charakterisierung gezogen werden müssten. Bei einem Großteil der Thesen wird zunächst die grundsätzliche Frage danach aufgeworfen, was das Wesen des Internets ausmacht bzw. wie man es charakterisieren könnte. Das Spektrum reicht je nach Betonung der Chancen oder Risiken von positiv bis eher negativ, wobei es auch die Position gibt, dass das Internet lediglich ein Instrument sei und sich dadurch einer Einordnung entziehe.

Stephan Eisel ist der Auffassung, dass das Internet weder gut noch böse sei (These 1), der Verein D64 sieht gleichermaßen positive neue Möglichkeiten wie Missbrauchspotenziale (These 1). Das Internet stelle lediglich „eine Basis-Infrastruktur unseres Zusammenlebens“ dar, meint Thomas

¹³ Dementsprechend ist die Anzahl der Themen mit 19 geringer als die Anzahl der Thesen im größten Thesensatz (bei Eisel: 20 Thesen).

de Maizière (These 7). Andere Autoren sehen im Internet mehr als nur jene Basis-Infrastruktur. Das Internet gilt als „Medium der Informationsbeschaffung“ (CCC, These 1), „zentrales Informations-, Kommunikations- und Transaktionsmedium“ (D64, These 1). Pavel Mayer sieht im Internet den „Schlüssel zum Abwenden der Katastrophe“ und bezieht sich dabei auf die „Folge[n] von Krieg, Hunger, Krankheit sowie Umwelt- und Naturkatastrophen“ (These 10). Ähnlich wertet Malte Spitz das Internet, wenn er dort die Chance zur Lösung von Klima- und Gerechtigkeitsproblemen sieht (These 4). In den DIVSI-Thesen wird dem Internet das Potenzial einer „Triebfeder für eine Stärkung der Demokratie in aller Welt“ (These 7) zugesprochen.

Gemeinsame Werte

Ein weiteres Thema in den Thesen sind gemeinsame Werte. Für das Miteinander der Netzbürger sollen bestimmte Grundregeln gelten, darin sind sich die Verfasser der Netzthesen größtenteils einig. Vielfach besteht jedoch nur die Forderung nach Regeln, ohne diese zu konkretisieren. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass sich dabei zumeist auf die Werteordnung unserer freiheitlichen Demokratie bezogen wird. In den Thesen finden sich zwei Strömungen, die sich mit der Frage nach der Regelung des „Miteinander“ im Internet beschäftigen. Die Strömungen lassen sich anhand der Frage unterscheiden, ob das Internet als solches Objekt einer Normierung ist und auf die Rechtsprechung als Ordnungsgröße abgestellt wird (staatliche Regulierung „von außen“) oder ob die Kommunikation innerhalb des Internets Ziel der Normierung ist, und somit eher Regeln für den Umgang der Nutzer untereinander getroffen werden sollen (Selbstregulierung der Netzgemeinde „von innen“)¹⁴. Für die Frage nach gemeinsamen „Werten“, die den Umgang der Internet-Nutzer miteinander regeln, ist primär die zweite Strömung von Interesse.

Der Netzrat der CSU, der Verein D64, der Chaos Computer Club und Pavel Mayer zielen in ihren Thesen nicht auf gemeinsame Werte ab und sind daher zur ersten Strömung zu rechnen. Eine Regelung des Umgangs der Nutzer miteinander fällt hier implizit oder explizit dem Staat – und somit der Rechtsprechung – zu.

Die anderen Autoren stützen sich im Gegensatz hierzu auf „gemeinsame“ Werte als Regelungsmechanismus. Thomas de Maizière fordert, dass sich an den Werten der Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, dem Gebot des gegenseitigen Respekts und der Rücksichtnahme sowie der Chancengleichheit und Solidarität orientiert werden sollte (These 1). Auch Stephan Eisel spricht von einem Wertefundament und zählt das Bekenntnis zum Schutz der Menschenwürde, die Anerkennung der Mehrheitsregel bei Gewährleistung des Minderheitenschutzes und die Absage an das Faustrecht des Stärkeren durch das staatliche Gewaltmonopol auf (These 2). Nach dem Arbeitskreis Netzpolitik der CDU wird die Freiheit im Netz durch die „Anerkennung der Freiheit und Rechte anderer, sowie durch die Grundwerte der Gemeinschaft“ beschränkt (These 1). Das DIVSI sieht ohne eine nähere Benennung von Werten die Notwendigkeit, dass die Gesellschaft den Diskurs um die Grundregeln des Zusammenlebens im Internet gemeinsam führt (These 7). Ähnlich abstrakt bleibt auch Malte Spitz, welcher für die Entwicklung kreativer Kräfte im Internet einen Rahmen von „Rights and Principles“ vorsieht (These 1).

¹⁴ Die Selbstregulierung von innen entspräche dann eher einer Art Selbstverpflichtung, wie es sie in den Anfängen des Internets per Netiquette oder Hacker-Ethik gab. Eine solche Selbstregulierung würde zwar notwendigerweise auf geltendes Recht aufbauen, allerdings nicht auf Rechtsnormen, sondern auf gemeinsame Normen der Netzgemeinde als Maßstab zurückgreifen.

Freier Internet-Zugang

Das Thema „freier Internet-Zugang“ adressiert die Frage, inwieweit bei der stetig wachsenden Bedeutung des Internets für das tägliche Leben dafür Sorge getragen werden muss, dass ein möglichst freier, dauerhafter und schneller Zugang zum Internet für alle Bürger sichergestellt wird.

Wenn es um einen freien Netzzugang geht, kann von einem weitgehenden Konsens der Netzthesen-Autoren gesprochen werden. Wo das Thema aufgegriffen wird, ist klar, dass ein freier Zugang der Menschen zum Internet nötig ist. Es ist von „staatlicher Verantwortung für flächendeckendes Internet“ (de Maizière, These 7) und von der „Gewährleistung von High-Speed-Netzen“ (D64, These 2) die Rede. In einigen Thesen wird von einem „Teil [der] öffentliche[n] Daseinsvorsorge“ (Spitz, These 6), von „Grundrecht“ (CCC, These 1) und sogar von „Menschenrecht“ (Mayer, These 8) gesprochen. Die Frage eines freien Netzzugangs wird weder in den Thesen des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU noch in denen des Netzrates der CSU thematisiert.

Bildung

Das Thema Bildung beinhaltet zwei grundlegende Fragen: Welche Kompetenzen sind für eine sinnvolle und sichere Nutzung des Internets notwendig und wer soll diese vermitteln, und welche Rückkopplungseffekte hat die Entwicklung des Internets auf die Vermittlung von Wissen und die Wissen vermittelnden Einrichtungen?

Beim Thema Bildung herrscht unter den Autoren der untersuchten Thesen große Einigkeit. Eine entscheidende Aufgabe aller Bildungseinrichtungen sei die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenzen (Spitz, Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, Netzrat der CSU, Verein D64).¹⁵ Stephan Eisel betont darüber hinaus, dass es einer fundierten Allgemeinbildung bedürfe, um einen sinnvollen Umgang mit der Fülle an speziellen Informationen im Internet zu ermöglichen (These 8). Nach Meinung von Pavel Mayer müsse unser Bildungssystem personell, institutionell und inhaltlich radikal verändert werden, da das bestehende System versage (These 9). Das DIVSI ist der Auffassung, dass bei positiver Nutzung das Internet Bildung fördern könne (These 7). Pavel Mayer geht noch weiter und meint: Zukünftig werde das Netz das wichtigste Mittel für Bildung sein (These 9). Der Chaos Computer Club betrachtet die Netzbürger als „Souverän“, der in einem selbstbestimmten Umgang mit „seinem“ Netz ausgebildet werden müsse (Einleitung). Auch Thomas de Maizière fordert eine Stärkung der Selbstbestimmung der Nutzer, z. B. durch vermehrte Aufklärung über die Abläufe im Internet (These 4).

3.2 Kategorie „Netzpolitik“

Die Kategorie „Netzpolitik“ beinhaltet Thesen, die sich mit der Frage nach der Rolle und dem Umfang dieses Politikfeldes, seinen Akteuren und der Art der Ausgestaltung zukünftiger Internet-Entwicklung (Transparenz und Netzneutralität) beschäftigen.

¹⁵ Vgl. 5. These von Malte Spitz, 2. These der Christlich Demokratischen Union, 1. These der Christlich Sozialen Union, 6. These von D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt.

Netzpolitik

Aufgrund der Neu- und Andersartigkeit netzpolitischer Themen sind Fokus und Umfang der Netzpolitik derzeit noch nicht völlig klar. Dies umfasst auch die Frage, welche Akteure sich in der Netzpolitik verantwortlich engagieren oder engagieren sollten.

Was ist Netzpolitik? Ist es ein neues Politikfeld oder nur ein Querschnittsthema? Der Netzrat der CSU findet viele bestehende Politikfelder in der Netzpolitik wieder. An der Betitelung der einzelnen Netzthesen mit „1) Netzpolitik ist Bildungspolitik [...], 2) Netzpolitik ist Familien- und Jugendpolitik [...], 3) Netzpolitik ist Haushaltspolitik“ lässt sich dies ablesen.¹⁶ Wen geht die Netzpolitik eigentlich etwas an? Betrifft sie nur Experten, Nutzer oder doch alle Bürger? Hierzu werden gegenläufige Positionen vertreten. Pavel Mayer meint, dass diejenigen, die nicht im Netz lebten, auch keine passenden Regeln für das Netz machen könnten, deshalb gehöre die Netzpolitik in die Hände von Netzbürgern (These 3). Das DIVSI ist im Gegensatz zu Mayer der Auffassung, dass das Internet viel zu wichtig sei, um es nur Fachleuten zu überlassen (These 7) – es revolutioniere unseren Alltag und deshalb gehe es uns alle an (These 1). Der Verein D64 vertritt die These, dass sich das Thema noch nicht etabliert habe, und fordert von staatlichen Stellen, das Netz endlich ernst zu nehmen (These 4). Das Kompetenzgerangel und die unklaren Verantwortlichkeiten werden von Malte Spitz kritisiert – zudem verlangt er klare politische Verfechter und eine kohärente politische Linie (These 8). Der Netzrat der CSU geht noch weiter und fordert die Schaffung des Amtes eines Staatsministers für Internet und digitale Gesellschaft auf Bundesebene (These 10). Für den Arbeitskreis Netzpolitik der CDU ist der Staat in einer netzpolitischen Pflicht und staatliche Regulierung auch im Netz unabdingbar (These 3), allerdings müsse eine solche Regulierung mit Augenmaß stattfinden, so dass eigenverantwortlicher Umgang und Interessenausgleich möglich bleiben (These 1). Die Frage des inhaltlichen Umfangs oder der relevanten netzpolitischen Akteure findet beim Chaos Computer Club keine nähere Erwähnung.

Transparenz

Transparenz ist in der aktuellen Diskussion eine der maßgeblichen Eigenschaften, die dem Internet zugeschrieben und für dieses als notwendig erachtet werden; gleichwohl bedürfe es gewisser Anstrengungen, Transparenz auch in Zukunft zu sichern. Transparenz hat somit sowohl einen Bezug zu Inhalten des Netzes als auch zu dessen Weiterentwicklung.

Am Anfang einer offenen Demokratie stünden Dialog und Transparenz, so Malte Spitz (These 6). Der Chaos Computer Club fordert eine transparente Handhabung von öffentlichen Daten wie Statistikdaten, Wetterdaten, geographischen Daten und Karten, Satellitenaufnahmen usw. (These 4). Nach Auffassung des Vereins D64 wird Demokratievertrauen nur durch eine umfassende, lückenlose Transparenz erreicht – auf der anderen Seite vertritt der Verein in seinen Netzthesen aber auch die Position, dass es eine gewisse Geheimhaltung und Vertraulichkeit in der Politik und der Verwaltung brauche, diese müsse jedoch gesondert gerechtfertigt und begründet werden (These 4). Das DIVSI (These 2) hält einen transparenten und demokratischen Gestaltungsprozess für nötig, um das Vertrauen der Menschen in den Nutzen der Technologie zu stärken. Thomas de Maizière löst diesen Konflikt mit der Aussage, dass Transparenz dem Gebot der Verhältnismäßigkeit unterliege (These 8). Pavel

¹⁶ Vgl. CSU 2012, S. 37ff.

Mayer konstatiert, Offenheit und Transparenz würden vom Netz belohnt, Politik müsse dementsprechend maximal offen und transparent sein (These 2). Stephan Eisel spricht lediglich von einer notwendigen Transparenz von Angeboten im Internet, die Wirtschaftskonzentrationen verhindern solle, die der Nutzer nicht durchblicken kann (These 5). In den Thesen des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU findet Transparenz keine Erwähnung.

Netzneutralität

Neben Datenschutz und Urheberrecht ist Netzneutralität eines der entscheidenden Zukunftsthemen des Internets. Netzneutralität beschäftigt sich mit der Frage, ob bestimmten Diensten oder Inhalten im Internet Vorrang gewährt werden solle. In der allgemeinen netzpolitischen Diskussion ergibt sich ein Konflikt zwischen den Befürwortern einer Priorisierung aufgrund der starken Auslastung der Datenverbindungen und den Gegnern einer Priorisierung bestimmter Angebote, da dies mit dem Gleichheitsdenken in Bezug auf das Internet unvereinbar wäre.

Bei der Betrachtung der Netzthesen fällt auf, dass sich nur der Chaos Computer Club, Malte Spitz und der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU des Themas angenommen haben. Der CCC konstatiert, dass eine Entfaltung des Netznutzens nur bei Netzneutralität garantiert sei (These 2). Malte Spitz stuft Netzneutralität als das zentrale netzpolitische Thema der nächsten fünf Jahre ein (These 1); der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU sieht darin ein wesentliches Element für Innovation im Internet (These 3).

Wissenschaft

Die Rolle der Wissenschaft findet in den Netzthesen keine nähere Erwähnung. Nur Malte Spitz ist der Meinung, dass die Wissenschaft neben Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei Themen wie Internet Governance und Open Democracy einbezogen werden solle (These 7). Darüber hinaus fordert der Verein D64 einen Wandel der Universitäten im Sinne der Netzgesellschaft und weist darauf hin, dass das universitäre Wissen öffentliches Wissen sei (These 9).

Transnationalität

Eine der bezeichnenden Eigenschaften des Internets ist seine Transnationalität, d. h. Internet-Angebote machen nicht an Staatsgrenzen Halt, sondern sie sind – wie auch die Bezeichnung „world wide web“ für die am häufigsten genutzte technische Plattform im Internet zeigt – global verfügbar. Dies ist z. B. in Bezug auf staatenübergreifende Regulierung von Belang.

Pavel Mayer sieht das globale Netz als selbstverständlichen Lebensraum (These 3); Begriffe wie Zeit, Raum und Territorium hätten eine völlig andere Bedeutung (These 4). Auch Stephan Eisel bezeichnet die örtliche und zeitliche Ungebundenheit des Internets als eine seiner primären Eigenschaften (These 1); das Internet sei ein globales Forum und besitze einen globalen Charakter (These 7). Auch für den Verein D64 ist das Internet global und nicht „nur europäisch“ (These 3).

Malte Spitz hält nationale „Kleinstaaterei“ im Internet für zum Scheitern verurteilt und befürwortet die Stärkung von internationalen Gremien und Diskussionsräumen (These 7). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU favorisiert eine Selbstregulierung der Dienste-Anbieter im Vergleich zu nationalstaatlichen

Gesetzesinitiativen, da die Wirksamkeit schneller und flächendeckender sei (These 3). Die Entwicklung von nationalem, supranationalem und internationalem Recht müsse Hand in Hand gehen, fordert Thomas de Maizière (These 2). Die Thematik der Transnationalität wird in den Thesen des DIVSI, des CCC und des Netzrates der CSU nicht erwähnt.

3.3 Kategorie „Chancen“

Die Kategorie Chancen behandelt jene Thesen, die sich mit den positiven Auswirkungen der Internet-Entwicklung auseinandersetzen. Chancen und positive Entwicklungsmöglichkeiten durch das Internet werden z.B. in Bezug auf Wirtschaft, Demokratie, Verwaltung und vermehrte Teilhabe gesehen.

Wirtschaft

Die Entwicklung des Internets hat für die Wirtschaft eine Reihe an Chancen in Form neuer Vertriebskanäle, eines einfachen globalen Absatzmarktes und der Möglichkeit neuer, digitaler Angebote geschaffen.

Die Bedeutung und die Chancen des Internets für die Wirtschaft werden vielfach thematisiert, wobei der Fokus sehr unterschiedlich ist. Der Netzrat der CSU stellt fest, dass es durch das Internet zu veränderten Geschäftsmodellen, Vertriebswegen und Wertschöpfungsketten gekommen sei und dadurch neue Herausforderungen entstanden seien (These 5). Ähnlich argumentiert der Verein D64, der konstatiert, dass in Kürze alle Unternehmen mit digitalen Möglichkeiten und zugleich Herausforderungen konfrontiert seien (These 8). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU spricht sich deutlich für das Ordnungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft im Netz aus, zudem sei ein funktionierender Wettbewerb zu ermöglichen – Monopole und Kartelle gelte es zu verhindern (These 4). Stephan Eisel spricht von einer Stärkung des Wirtschaftsbürgers durch das Internet (These 5). Pavel Mayer vertritt die Ansicht, dass das Ziel und Ergebnis wirtschaftlicher Optimierung im Netz die „Kostenlos-Kultur“ sei (These 6). Malte Spitz, das DIVSI, der Chaos Computer Club und Thomas de Maizière gehen nicht direkt auf Chancen der Wirtschaft durch das Internet ein.

Demokratie

Im Rahmen der sich ausbreitenden Diskussionen um digitale Demokratie und Open Government ist in den letzten Jahren verstärkt der Aspekt in den Fokus gerückt, dass das Internet und seine digitalen Partizipationsmöglichkeiten einen positiven Einfluss auf die Demokratie hätten. Dies schlägt sich auch in den Thesen nieder.

Das Internet bietet Chancen zur Stärkung der Demokratie. Diese Meinung vertreten Stephan Eisel (These 1), Malte Spitz (These 6) und das DIVSI (These 7), insbesondere mehr Transparenz und die Beteiligung an demokratischen Prozessen wird als ein enormer Gewinn verstanden (Spitz, These 6). Der Verein D64 sieht sogar eine Notwendigkeit darin, das Netz als Mittel der Demokratisierung zu nutzen (These 4). Der Chaos Computer Club thematisiert die Vorteile des Internets für die Demokratie in den Thesen nicht, ebenso wie der Arbeitskreis Netzpolitik der CSU und der CSU-Netzrat.

Verwaltung

Analog zur Wirtschaft werden auch für die Verwaltung eine ganze Reihe möglicher Vorteile durch das Internet gesehen, die im Rahmen von E-Government und in letzter Zeit auch Open Government diskutiert werden.

Das Internet und der IT-Einsatz bieten der Verwaltung eine Reihe an Möglichkeiten. Stephan Eisel sieht neue Chancen für eine bürgernahe Verwaltung (These 16). Es werde aber nicht nur mehr Bürgernähe erwartet, der Ausbau von elektronischen Behördendiensten solle auch zu mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit führen, meint Thomas de Maizière (These 13). Ähnliche Erwartungen äußert der Netzrat der CSU, der sich durch den IT-Einsatz eine Einsparung von Haushaltsmitteln ohne Qualitätsverlust verspricht (These 3). Der Verein D64 ist der Auffassung, dass in Open Government die Zukunft eines vereinfachten, bürgerfreundlichen Behörden- und Verwaltungsapparates liege und Open Data zum Grundprinzip werden müsse (These 4). Bei allen Chancen für die Verwaltung werden auch Entwicklungen kritisiert, z. B. sollten IT-Groß-Projekte der öffentlichen Hand nach sinnvollen Kriterien vergeben werden (CCC, These 3). Zudem habe die Verwaltung ihr anvertraute Daten vor Hacker-Angriffen zu schützen (DIVSI, These 5). Beim Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, bei Malte Spitz und bei Pavel Mayer findet die Thematik keinen Eingang in die Netzthesen.

Teilhabe

Im Fokus der Frage nach den Vorteilen des Internets für die Demokratie stehen die durch das Internet entstandenen neuen und neuartigen Möglichkeiten der Teilhabe, durch die mehr Bürger besser am gesellschaftlichen und politischen Leben partizipieren könnten.

Malte Spitz sieht das Internet als Ort der Teilhabe; für Mitwirkung und Mitgestaltung sei das Internet eine Voraussetzung (These 6). Pavel Mayer (These 8) und der Chaos Computer Club (These 1) bekräftigen, dass die neue Nähe oder Teilhabe an der politischen Willensbildung nur mithilfe eines Netzzugangs möglich sei und betrachten einen Netzzugang als ein fundamentales Recht aller Menschen. Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU erkennt, dass durch das Internet neue Formate direkter Bürgerbeteiligung möglich seien (These 2). Der Netzrat der CSU sieht die Bürgergesellschaft durch die Kommunikation durch Foren und Petitionen gestärkt (These 7). Nach Auffassung von Stephan Eisel wird das Politikinteresse durch das Internet jedoch nicht gesteigert (These 15).

Dem Verein D64 zufolge müsse der Staat seine Bürger ermutigen, Wissen, Meinung und Stimme im Rahmen Internet-basierter Partizipation einzubringen (These 4). Für Thomas de Maizière ist das Internet auf Wissensvermehrung und soziale Teilhabe ausgerichtet, politische Teilhabe bleibt hier unerwähnt (These 3). In den Thesen des DIVSI wird der Aspekt der Teilhabe nicht thematisiert.

3.4 Kategorie „Kontroversen“

Die Kategorie Kontroversen beschäftigt sich im Gegensatz zur Kategorie Chancen mit strittigen Themen des Internets, bei denen vielfach die Befürchtung negativer Entwicklungen im Fokus steht.

Urheberrecht

Eines der am kontroversesten diskutierten Themen der aktuellen netzpolitischen Diskussion ist die Rolle des bestehenden Urheberrechts im digitalen Zeitalter und die Frage, wie zukünftig mit urheberrechtlichen Aspekten umgegangen werden soll.

Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU formuliert, dass adäquate Regelungen auch im digitalen Zeitalter für einen gerechten Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern sorgen müssen (These 4). Eine Annäherung an solche Regelungen bietet der Chaos Computer Club, der eine Bagatellgrenze für die Verfolgung von Verletzungen von Immaterialgüterrechten fordert. Zudem sollten die Kosten einer rechtlichen Durchsetzung bei einer Urheberrechtsverletzung gegen Privatleute (ohne kommerzielle Vorteile) eingeschränkt und Schutzfristen für urheberrechtlich geschützte Werke verkürzt werden. Eine weitere Forderung ist die Neuregelung des Kompensationsmodells für Urheber (These 6). Stefan Eisel spricht vom „Diebstahl geistigen Eigentums“ und zieht sich auf die Position zurück, dass dies nicht mit der Berufung auf die Freiheit im Netz entschuldigt werden könne, sondern ebenso wie der Diebstahl konventioneller Güter Ausdruck der Macht des Stärkeren über den Schwächeren sei und deshalb von der freiheitlichen Demokratie wirksam verhindert werden müsse (These 5). Pavel Mayer vertritt den Standpunkt, dass alle Monopolrechte auf Immaterialgüter auf den Prüfstand müssten (These 5). Der Verein D64 betont, dass ein Ausgleich zwischen freien Inhalten und solchen Inhalten, mit denen Einnahmen erzielt werden, möglich sein müsse. Das geltende Urheberrecht müsse dahingehend überarbeitet werden, dass Einnahmen für Kreative möglich seien, ohne obsoletere Produktions- und Distributionswege künstlich aufrecht zu erhalten (These 6). Eine Neugestaltung des Urheberrechts hält auch Malte Spitz für notwendig; da extreme Positionen die Vielschichtigkeit des Problems verkennen würden, seien eine Nutzerorientierung und eine Berücksichtigung berechtigter Interessen wichtig (These 4).

Anonymität

Eine Besonderheit des Internets ist die Möglichkeit, sich dort weitgehend anonym – zumindest jedoch unter einem Pseudonym – bewegen zu können.¹⁷ Diese Eigenschaft des Internets wird kontrovers diskutiert, da sie sowohl positive Auswirkungen haben kann, z.B. in Form von anonymer Kritik in autoritären Staaten, aber auch zu Diskriminierung, Verleumdung und kriminellen Aktivitäten genutzt werden kann.

Das DIVSI weist auf das Problem hin, dass die Anonymität die Strafverfolgung erschwere und dadurch zunehmend für kriminelle Zwecke missbraucht werde (These 4). Stephan Eisel kritisiert eine grundsätzliche Entkopplung des eigenen Handelns von der Verantwortung dafür (These 6).

¹⁷ Ob es eine völlige Anonymität im Internet tatsächlich gibt, lässt sich nicht ohne Weiteres bestätigen. Die Annahme ist zwar weit verbreitet, jedoch ist auch bei der Verwendung von identitätsschützender Software wie z. B. TOR eine, wenn auch aufwändige, Identifizierung über die IP-Adresse nicht ausgeschlossen. Zumindest für den Großteil der Nutzer sollte somit eher von Pseudonymität gesprochen werden. Letztendlich lässt sich in Anlehnung an Sascha Lobo (S.P.O.N. - Die Mensch-Maschine: Der Stalker und die Bloggerin, 5. Februar 2013) konstatieren, dass das Internet für die meisten Nutzer nicht anonym ist, sich aber so anfühlt – mit den entsprechenden Folgen.

Pavel Mayer sieht in der Anonymität eine wichtige Voraussetzung für viele Formen der Sicherheit bestimmter Menschen (These 7). Diese Auffassung wird von weiteren Netzthesen-Verfassern geteilt. Pseudonyme und Anonymität seien wichtig und schützenswert (Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, These 4), eine anonyme Nutzung solle sichergestellt (Malte Spitz, These 5) und sogar ein Recht auf Anonymität etabliert werden (CCC, These 9). Thomas de Maizière vertritt die Auffassung, dass Anonymität und Identifizierbarkeit immer in einem Abwägungsverhältnis stünden (These 5).¹⁸ Der Verein D64 benennt das Problem Anonymität nicht explizit, lehnt aber den hiermit in Zusammenhang stehenden Ansatz einer Post-Privacy als Wert ab (These 6).

Datenschutz

Neben Urheberrecht und Netzneutralität ist Datenschutz eines der großen Themen der netzpolitischen Diskussion und eines der ältesten netzpolitischen Themen überhaupt. Die Frage nach der informationellen Selbstbestimmung, die bereits Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit der damaligen Volkszählung aufkam, hat mit der Entwicklung des Internets und den hiermit einhergehenden neuen Möglichkeiten großer Datensammlung und missbräuchlicher Datenverwendung neuen Aufschwung erhalten.

In den Netzthesen werden neben der allgemeinen Forderung, Daten besser zu schützen, verschiedene Grundprinzipien¹⁹ im Datenschutz angesprochen. Der Chaos Computer Club thematisiert die Datensparsamkeit und die Zweckbindung von Daten. Daten sollten nicht auf unbegrenzte Zeit gespeichert werden, es solle sparsam mit ihnen umgegangen werden, ohne Speicherzweck seien Daten unverzüglich zu löschen (These 8). Malte Spitz nennt auch die Prinzipien, die bereits vom Chaos Computer Club aufgegriffen wurden, und fügt das Grundprinzip der Transparenz hinzu (These 2), das eine Aufklärung der Betroffenen über die von ihnen gespeicherten Daten einfordert. Der Verein D64 erhebt die Datensparsamkeit zum Leitmotiv und die Transparenz zur zentralen Maßnahme (These 3). Thomas de Maizière bezieht sich zusätzlich auf das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, d. h. dass personenbezogene Daten nur erhoben, gespeichert und verarbeitet werden dürfen, wenn es eine gesetzliche Grundlage gibt oder die Betroffenen eingewilligt haben. Durch die freie Entfaltung im Internet sei das Phänomen der „persönlichen“ Datenmacht entstanden, diese müsse stärker mit den Persönlichkeitsrechten anderer zum Ausgleich gebracht werden, so Thomas de Maizière (These 3). Bei Pavel Mayer findet die Thematik keine Erwähnung.

Rechtsordnung

Zu Beginn der Internet-Entwicklung wurde häufig die Ansicht vertreten, das Internet sei ein gänzlich rechtsfreier Raum oder zumindest ein Ort, an dem das Recht der analogen Welt keine Bedeutung besitze. Mittlerweile ist jedoch anerkannt, dass das analoge Recht auch im Internet seine Gültigkeit besitzt. Allerdings wird diskutiert, ob Rechtsnormen für das Internet angepasst oder geändert werden müssen und inwiefern neue Rechtsnormen geschaffen werden sollten.

¹⁸ Darüber hinaus vgl. Herwig, Stefan: Austarierung von Anonymität im Netz. Ein kommunikationswissenschaftlicher Zwischenruf, in: Zeitschrift für Datenschutz 12 (2012), S. 558-563, sowie Internet und Gesellschaft Co:llaboratory: „Gleichgewicht und Spannung zwischen digitaler Privatheit und Öffentlichkeit“. Phänomene, Szenarien und Denkanstöße, Berlin 2011.

¹⁹ Vgl. Datenschutzbeauftragter: Die sieben Grundprinzipien im Datenschutz, 7. Februar 2012.

Stephan Eisel merkt an, dass sich das Internet nicht als rechtsfreier Raum gerieren dürfe (These 13). Die Gesetze der realen Welt ließen sich jedoch nicht einfach auf das Netz anwenden, weil das Internet grundsätzlich von anderer Natur sei, meint Pavel Mayer (These 4). Auch der Netzrat der CSU erkennt diesen Umstand an und vertritt die Ansicht, dass es Aufgabe der Rechtspolitik sei, die Rechtsordnung mit ihrer Rechtsdogmatik auf die Besonderheiten der Digitalisierung und Vernetzung einzustellen (These 9). Die bestehende Rechtsordnung gelte grundsätzlich auch für das Internet, wobei Eigenheiten des Netzes berücksichtigt werden müssten. Thomas de Maizière mahnt, dass es einer Rechtsordnung mit Augenmaß bedürfe, es also einen Weg zwischen dem Rückgriff auf bestehendes Recht, der Stärkung von Selbstregulierungskräften und der notwendigen Weiterentwicklung des Rechts zu finden gelte (These 2). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU ist der Auffassung, die Nutzer von Internet-Innovationen müssten die allgemeinen, d.h. für alle geltenden Regeln der Rechts- und Werteordnung auch für sich gelten lassen (These 1); eine Vorratsgesetzgebung bezüglich des Internets lehnt der Arbeitskreis ab, gesetzliche Regelungen sollen nur bei tatsächlicher Notwendigkeit geschaffen werden (These 3). Der Verein D64 fordert eine angemessene Umsetzung erworbener Freiheits- und Grundrechte für die Netzgesellschaft (These 6). Beim Chaos Computer Club wird das Thema der Rechtsordnung nicht thematisiert.

Digitale Sicherheit

Bei allen Chancen, die die Entwicklung des Internets mit sich gebracht hat, sind auch eine Reihe neuer Gefahren entstanden. Diese bestehen sowohl in bewusst schädlichen Aktivitäten mancher Nutzer als auch im Fehlverhalten normaler Nutzer, die sich teils ohne ihr Wissen im Internet in die Gefahr begeben, z.B. ausspioniert oder betrogen zu werden.

Stephan Eisel kommt zu dem Schluss, dass durch das Internet Gefährdungen der inneren und äußeren Sicherheit bestünden (These 14). Pavel Mayer betont, dass das Netz Dinge ermögliche, ohne dass sich der Nutzer einer Gefahr für Leib und Leben aussetze. Er stellt zudem fest, dass Schwerverbrechen nicht im Internet, sondern in der realen Welt begangen würden, und kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass das Netz sicherer sei als die reale Welt (These 7). Der Netzrat der CSU sieht im Internet „Gefahren“ durch bestimmte Kriminalitätsformen, betont aber gleichzeitig, dass das Internet auch neue Chancen zur Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenprävention biete (These 8). Der Staat habe die Pflicht, nachhaltig über Gefahren aufzuklären und sicherheitspolitische Maßnahmen besser zu erklären, so das DIVSI. Aber auch der Bürger müsse wissen, dass er im Netz vielfach für sich selbst Sicherheitsverantwortung habe (These 3, These 6). In Bezug auf die Verkehrssicherheit bei gefahrbehafteten Angeboten im Internet sieht Thomas de Maizière bei Nutzern und Anbietern eine eigene Verantwortung, die sich nach Risiken und Zumutbarkeit richten solle (These 6). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU sieht die staatlich verfasste Gemeinschaft in der Pflicht, freiheitssichernde Regeln auf den virtuellen Raum zu übertragen, da Netztechnologie neue Schauplätze erschaffe und neue Fragen aufwerfe (These 1). Malte Spitz sieht Gefahren vor allem in Bezug auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung. So müssten persönliche Daten effektiv gegenüber dem Staat und der Wirtschaft geschützt werden (These 2). Mittel hierzu sei die informationelle Selbstverteidigung, die sich auf eine anonyme Nutzung des Internets stützt und deren Grundlage Medienkompetenz sei (These 5). Eine Verbesserung der Medienkompetenz hält auch der Verein D64 für ein sicheres Verhalten der Nutzer im Internet für notwendig, eine Benennung von Gefahren findet hier allerdings nicht statt (These 6). Der Chaos Computer Club thematisiert die Problematik nicht.

Digitale Spaltung

Eines der Zukunftsthemen der netzpolitischen Diskussion wird die Frage nach einer digitalen Spaltung sein. Diese Spaltung entsteht dadurch, dass bestimmte Teile der Bevölkerung mit den raschen technischen Neuerungen im Internet bereits heute und gegebenenfalls auch in Zukunft nicht mehr mithalten können. Hierdurch könne sich die Gesellschaft in Nutzer (sog. „Onliner“) und Nichtnutzer (sog. „Offliner“) aufspalten, wenn keine Maßnahmen zur Überbrückung dieser Spaltung unternommen werden.

Stephan Eisel spricht von einer dreifachen digitalen Spaltung und identifiziert drei Gruppen: die Gruppe der Nicht-Nutzer, die seltenen bzw. passiven Nutzer sowie die digital aktiven und avantgardistischen Nutzer (These 3). Nach Ansicht von Pavel Mayer spalte das Netz die Gesellschaft, weil das Bildungssystem versage (These 9). Malte Spitz sieht in einem fehlenden Internet-Anschluss die Gefahr des schnellen „abgehängt Seins“ (These 6). Unabhängig von den potenziellen Ursachen der digitalen Spaltung erkennt der Netzrat der CSU, dass es besonderer Anstrengungen bedürfe, um nicht den Anschluss an die „Digital Natives“ zu verlieren (These 10). Auch der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU will niemanden digital „zurücklassen“ (These 2). In der Aussage des DIVSI, „ob wir es [das Internet] schon nutzen oder (noch) nicht“, steckt die Erwartung, dass die digitale Spaltung nur ein vorübergehender Zustand ist und es in Zukunft zwangsläufig zu einer selbstverständlichen Internet-Nutzung durch eine große Mehrheit der Menschen kommen wird. Der Verein D64 betont, dass in der Schule Technik und Medienkompetenz vermittelt werden müssten und auch jenseits der Schule Bildungsangebote für Menschen aller Alters- und Gesellschaftsgruppen, die zur sicheren und routinierten Teilhabe befähigen, bereitstehen müssten (These 2). Thomas de Maizière und der Chaos Computer Club behandeln die Problematik einer digitalen Spaltung nicht.

4. Positionierungen aus den netzpolitischen Thesen

Das Themenspektrum der ausgewählten Netzthesen ist breit. Je nach Verfasser werden unterschiedliche Schwerpunkte deutlich. Wie die obenstehende Auseinandersetzung mit den einzelnen Thesen-sätzen gezeigt hat, gibt es trotz der Breite des Themenspektrums bestimmte netzpolitische Aspekte, die die Diskussion dominieren. Die öffentliche Diskussion verläuft entlang von Themen wie freier Netzzugang, Urheberrecht, Anonymität im Internet, Datenschutz und Netzneutralität. Die untersuchten Netzthesen knüpfen ebenfalls an diese Themen an, wobei sich eine Reihe möglicher Positionierungen zu den einzelnen Themen ergeben. Wie sich die einzelnen Autoren zu den Themen positioniert haben, lässt sich anhand der Thesen in einem Positionsdiagramm abbilden²⁰. Aus den in den untersuchten netzpolitischen Thesen erwähnten Themen und Problemen wurden für die Positionierung der Autoren die folgenden 19 grundlegenden Aussagen zum Internet und zur Netzpolitik abgeleitet:

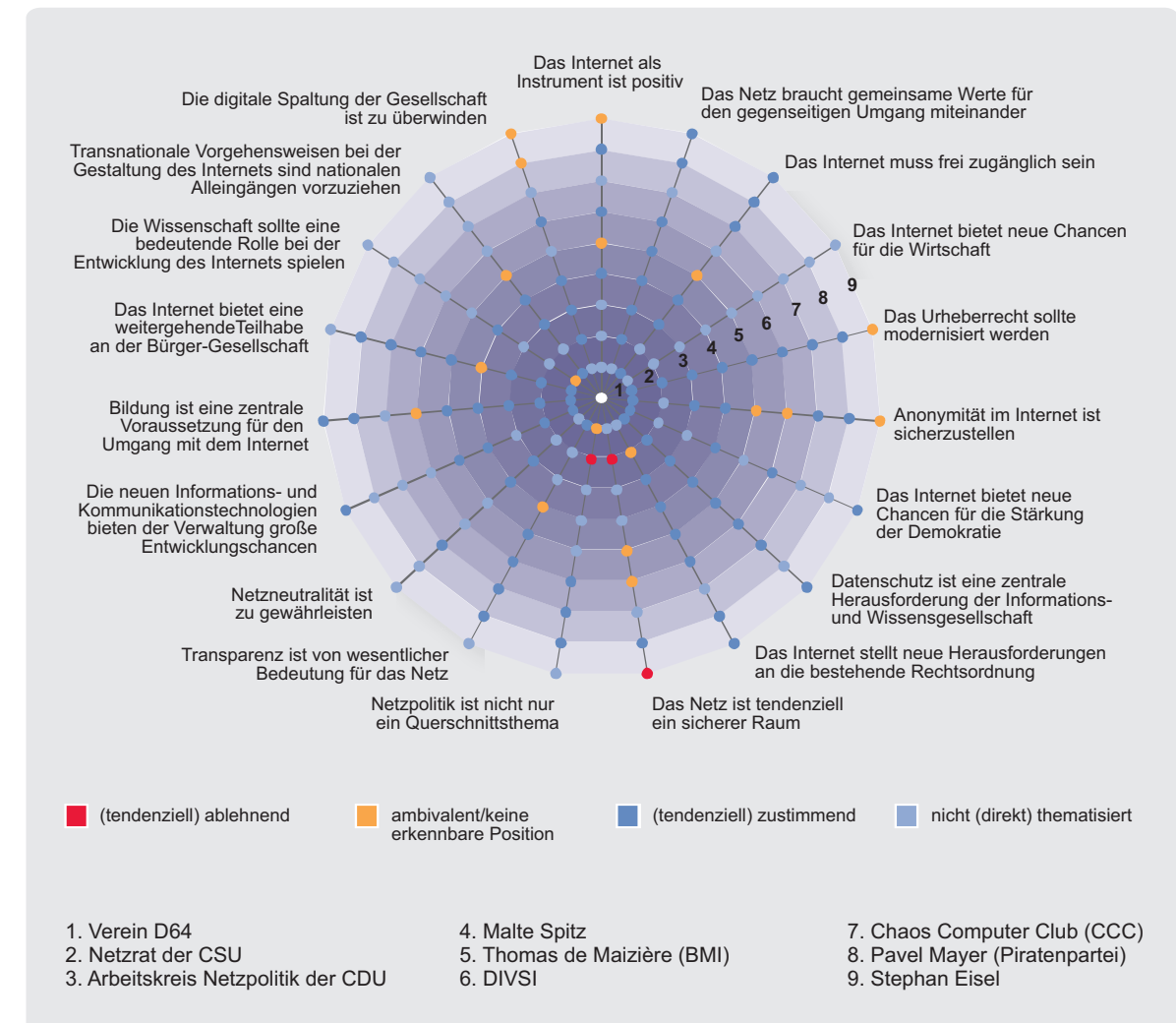
²⁰ Zu beachten ist, dass sich die Positionierung zunächst einmal nur auf den Zeitraum der Veröffentlichung der Thesen bezieht und eine Änderung des Standpunktes grundsätzlich möglich ist. Tatsächliche spätere Abweichungen der Autoren zu ihren ursprünglich veröffentlichten Thesen konnten im Rahmen dieser Untersuchung nicht festgestellt werden, allerdings ist, wie eingangs erwähnt, seit Veröffentlichung der Thesen noch nicht sehr viel Zeit verstrichen.

1. Das Internet als Instrument ist positiv.
2. Das Netz braucht gemeinsame Werte für den Umgang miteinander.
3. Das Internet muss frei zugänglich sein.
4. Das Internet bietet neue Chancen für die Wirtschaft.
5. Das Urheberrecht sollte modernisiert werden.
6. Anonymität im Internet ist sicherzustellen.
7. Das Internet bietet neue Chancen für die Stärkung der Demokratie.
8. Datenschutz ist eine zentrale Herausforderung für die Informations- und Wissensgesellschaft.
9. Das Internet stellt eine neue Herausforderung an die Rechtsordnung dar.
10. Das Netz ist ein tendenziell sicherer Raum.
11. Netzpolitik ist nicht nur ein Querschnittsthema.
12. Transparenz ist von wesentlicher Bedeutung für das Netz.
13. Netzneutralität ist zu gewährleisten.
14. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten der Verwaltung große Entwicklungschancen.
15. Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für den Umgang mit dem Internet.
16. Das Internet bietet eine weitergehende Teilhabe an der Bürgergesellschaft.
17. Die Wissenschaft sollte eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung des Internets spielen.
18. Transnationale Vorgehensweisen bei der Gestaltung des Internets sind nationalen Alleingängen vorzuziehen.
19. Die digitale Spaltung der Gesellschaft ist zu überwinden.

Im Anschluss wurden die Autoren anhand ihrer – in den Thesen dargelegten – Ausrichtung zu den Aussagen verortet (vgl. Abbildung 2). Die Positionierung erfolgt anhand der drei Kategorien „(tendenziell) zustimmend“, „ambivalent/keine Position“ und „(tendenziell) ablehnend“, wobei nicht alle Themenfelder bei allen Autoren abgedeckt sind und sich im Einzelfall Lücken ergeben haben. Dies wurde durch einen grauen Punkt als „nicht (direkt) thematisiert“ kenntlich gemacht.

Beispielhaft soll die Vorgehensweise an der ersten Aussage deutlich gemacht werden, die lautet: „Das Internet als Instrument ist positiv.“ Pavel Mayer formuliert in der 10. These, dass das Netz der Schlüssel zum Abwenden der Katastrophe sei und führt diesen Punkt dann näher aus. Diese Äußerung wurde als „(tendenziell) zustimmend“ bewertet. Das DIVSI und Malte Spitz sehen das Internet ähnlich positiv. Stephan Eisel vertritt in seiner 1. These die Auffassung, dass das Internet als Medium weder gut noch böse sei, sondern der Wert des Internets sich nach dem Zweck bestimme, für den es eingesetzt werde. Seine Ausführungen wurden als „ambivalent“ eingestuft, ebenso die 7. These von Thomas de Maizière, dass das Internet eine Basis-Infrastruktur unseres Zusammenlebens geworden sei. Der Chaos Computer Club, der Verein D64, der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU und der Netzrat der CSU haben das Internet als Instrument „nicht (direkt) thematisiert“.

Abbildung 2: Positionierungen aus den netzpolitischen Thesen, eigene Darstellung



5. Schlussbetrachtung und Ausblick

Welche Schlüsse lassen sich aus der Untersuchung der Themenfelder und Positionen für die Netzpolitik ziehen? Aufgrund der Komplexität der Gesamthematik ist grundsätzlich eine recht breite Streuung der Positionen möglich. Wären Detailfragen in die Untersuchung einbezogen worden, wäre die Streuung der Meinungen und Positionen sicherlich noch breiter, eine Ordnung nur schwer möglich. Die Untersuchung der Thesen und die Positionierung der Autoren anhand der abgeleiteten Grundaussagen haben nicht nur die diskutierten Themenkomplexe der Netzpolitik aufgezeigt, sondern auch eine Ordnung der Positionen ermöglicht (vgl. Abbildung 1).

Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Untersuchung der Theseninhalte. Über die Thesen hinausgehende, in den jeweiligen Dokumenten erwähnte Positionierungen oder Argumente blieben unberücksichtigt, um eine grundlegende Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Unter „Konsens“ wurden alle Bereiche gefasst, bei denen sich ein gemeinsamer Ausgangspunkt feststellen ließ, d.h. Einigkeit über die Existenz eines Problems und die Notwendigkeit, es zu lösen, ggf. mit unterschiedlichen Ansätzen für die Problemlösung. Ein Beispiel ist der Bereich Urheberrecht: Bei allen Autoren wird der Bereich thematisiert und die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regelung erkannt, auch wenn unterschiedliche Arten einer möglichen Regelung vertreten werden.

Unter „Dissens“ wurden die Bereiche gefasst, bei denen unter den Autoren unvereinbare Positionen oder eine fehlende Einigkeit bezüglich des Problems vorherrschen. Hier gibt es nur einen Fall: Den Bereich „Anonymität“, bei dem die derzeitigen Positionen der Akteure („absolut notwendig/wichtig“ vs. „vollkommen unnötig/gefährlich“) unvereinbar erscheinen.

Unter „Neutral“ wurden alle Bereiche gefasst, die sich weder klar zu Konsens noch zu Dissens zuordnen ließen. Zumeist besteht hier Einigkeit darüber, dass der Bereich ein Thema des Politikfelds Netzpolitik ist, allerdings besteht Uneinigkeit darüber, ob in diesem Bereich ein zu lösendes Problem besteht oder nicht, und falls ja, wie damit umgegangen werden soll. Beispiel hierfür ist der Bereich digitale Spaltung.

Die Positionierung der einzelnen Autoren hat gezeigt, dass ein tatsächlicher Dissens lediglich über die Rolle der Anonymität im Internet herrscht, an der Bruchlinie der Abwägung von Freiheit und Sicherheit.

In vielen anderen Themenbereichen zeigt sich abseits von Detailfragen hingegen ein grundlegender Konsens zur Wichtigkeit und Ausrichtung der Themen. Dies betrifft u.a. Themen wie Urheberrecht, Datenschutz, freien Netzzugang und Transparenz, die in letzter Zeit vielfältig in der Diskussion standen und in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Die meisten Themen fallen in den Bereich „Neutral“, was bei den unterschiedlichen Hintergründen der Autoren zwar nicht überrascht, für den Fortschritt der Netzpolitik aber eine überwindbare Hürde ist. Der Bereich umfasst durchaus wichtige Themen wie digitale Spaltung, Netzneutralität, Sicherheit und vor allem die Rolle und das Wesen der Netzpolitik selbst. Viele dieser Themen werden voraussichtlich in Zukunft Gegenstand öffentlicher Debatten. Die Beantwortung der Frage nach Rolle und Wesen der Netzpolitik wird für die weitere Entwicklung des Politikfeldes ein notwendiges Kriterium darstellen.

Ein Bereich, der in den Thesen nicht angeführt und offenbar nicht als besonderes Problem gesehen wird, ist „Internet Governance“. Eine Auseinandersetzung mit der Steuerung der Weiterentwicklung des Internets und den hierbei relevanten Akteuren findet in den Thesen nicht statt, obgleich beispielsweise die Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ gezeigt hat, dass diesem Themenfeld durchaus mehr Aufmerksamkeit zuteil werden sollte. Eine Projektgruppe der Kommission befasste sich ausschließlich mit den für die Internet Governance zuständigen internationalen Organisationen und deren Organisationsformen sowie mit angemessenen Einflussmöglich-

keiten Deutschlands als eine der größten Volkswirtschaften der Welt. Wer wissen möchte, was in Sachen Internet diskutiert wird und wer sich selbst einbringen möchte, muss bei einem globalen Medium und einer weltweit vernetzten Gemeinschaft die Stakeholder und deren Strukturen kennen.

Tabelle 1: Konsens und Dissens zu netzpolitischen Themenkomplexen

Konsens	Neutral	Dissens
• Werte	• Wissenschaft	• Anonymität
• Datenschutz	• Netzwirtschaft	
• Recht	• Netzpolitik	
• Bildung	• Transnationalität	
• Verwaltung	• digitale Spaltung	
• Transparenz	• Teilhabe	
• Urheberrecht	• Netzneutralität	
• freier Netzzugang	• Sicherheit	
	• Demokratie	
	• Internet als Instrument	

Die Zukunft des Internets wird unter verschiedenen Aspekten diskutiert; zwei Hauptrichtungen stehen derzeit allerdings aus der Menge heraus. Zum Einen die Idee eines „Semantic Web“²¹, in Anlehnung an das Web 2.0 auch als Web 3.0 bezeichnet, zum Anderen die Idee eines „Internet der Dinge“²².

Pläne für ein Semantic Web beruhen auf der Idee, über die Vernetzung von Daten und Dokumenten im Web 2.0 hinaus durch eine Vernetzung von Informationen und deren Bedeutung Mehrwerte zu erzeugen. Im Web 2.0 werden derzeit Daten und Dokumente anhand von „links“ und sogenannten „tags“ (Schlagworten) auffindbar gemacht. Ein Problem, das hierbei entsteht, ist eine Überfrachtung mit Schlagworten: die schiere Menge an Ergebnissen, die eine Suche nach einem Schlagwort liefert, verhindert u.U. das Auffinden relevanter Informationen durch den Nutzer. Verstärkt wird dies teilweise durch eine auf Priorisierung aufbauende Technik von Suchmaschinen und die Tatsache, dass weite Teile des Internets auf herkömmlichem Wege gar nicht aufzufinden sind (das sogenannte „deep web“, das für Suchmaschinen „unsichtbar“ ist). Das Semantic Web soll hier dadurch Abhilfe schaffen, dass Computer durch eine dem „www“ angefügte Ebene von „Bedeutungen“ in die Lage versetzt werden, Ergebnisse anhand eingegebener Suchbegriffe besser zu filtern und automatisch zu unterscheiden, ob gerade nach Berlin in Deutschland oder Berlin in Honduras gesucht wird. Das Auffinden von Informationen im Netz würde so beschleunigt, Ergebnisse z. B. um Redundanzen bereinigt. Gipfel dieser Entwicklung könnte die Möglichkeit sein, passgenaue Ergebnisse anhand der (ggf. mündlichen) Eingabe detaillierter Fragen zu erhalten (z. B. „Wo kann ich Ende September mit meinen Kindern günstig Urlaub in der Sonne machen?“).

²¹ Vgl. Tolksdorf, Robert: Web 3.0 – die Dimension der Zukunft, 31. August 2007, sowie Berners-Lee, Tim/Handler, James/Lasilla, Ora: The Semantic Web. Scientific American, 17. Mai 2001.

²² Vgl. Spehr, Michael: So startet das Internet der Dinge, 23. Dezember 2012, sowie Dreier, Jochen: Das Internet der Dinge ist auf dem Vormarsch, 16. Januar 2013 (siehe Literaturverzeichnis).

Eine weitere Entwicklungsrichtung ist das Internet der Dinge. Hier werden Alltagsgegenstände (Lichtschalter, Inhalte des Kühlschranks) mit dem Internet verknüpft. Nutzer können so über das Internet nicht nur kontrollieren, ob zuhause das Licht brennt, sondern die Beleuchtung auch steuern. Ein weiteres „prominentes“ Beispiel in diesem Bereich ist der Kühlschrank, der erkennt, dass keine Milch mehr vorhanden ist und diese selbsttätig online bestellt. Das Internet der Dinge beruht auf Forschungen im Bereich „ubiquitous/pervasive computing“, die sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Folgen die Durchdringung des Alltagslebens mit (vernetzten) Computern und intelligenten Gegenständen mit sich bringt.

Obwohl Netzpolitik in vielen Bereichen thematisiert wird, mangelt es derzeit noch an einer klaren und anerkannten Definition, so dass die Diskussion auch immer wieder dadurch behindert wird, dass verschiedene Akteure der Netzpolitik jeweils nur von ihrem eigenen Standpunkt aus diskutieren und argumentieren. Besonders deutlich wird dies am teilweise scharf ausgetragenen Konflikt zwischen Internet-Aktivist*innen (Perspektive Freiheit) und Rechtswissenschaftlern (Perspektive Recht/Sicherheit). Die hier entstehenden Konfliktlinien sind nicht nur unnötig – da sie nicht auf tatsächlichen Konflikten, sondern meist auf Fehlverständnissen beruhen –, sondern sie binden auch Zeit und Energie und erschweren die tiefer gehende Auseinandersetzung mit den eigentlichen Fragen des Themas und somit den Fortschritt der Netzpolitik an sich.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen (Netzthesen)

Chaos Computer Club: Forderungen für ein lebenswertes Netz. Thesen zur Netzpolitik, 19. Juli 2010, online abrufbar unter: www.ccc.de/de/updates/2010/forderungen-lebenswertes-netz, Stand: 15. Februar 2013.

Christlich Demokratische Union: Bericht des Arbeitskreises Netzpolitik, 15. November 2011, online abrufbar unter: www.cdu.de/doc/pdfc/111114-bericht-zur-netzpolitik.pdf, Stand: 15. Februar 2013.

Christlich Soziale Union: In Freiheit und Fairness. 2. Positionspapier, 16. März 2012, online abrufbar unter: www.csu.de/dateien/partei/dokumente/positionspapier2_netzrat.pdf, Stand: 15. Februar 2013.

Christlich Soziale Union: In Freiheit und Fairness. Positionspapier, Januar 2011, online abrufbar unter: www.csu.de/dateien/partei/.../110131_positionspapier_netzrat.pdf, Stand: 10. April 2013.

de Maizière, Dr. Thomas: 14 Thesen zu den Grundlagen einer gemeinsamen Netzpolitik der Zukunft, 22. Juni 2010, online abrufbar unter: <http://ekonsultation.de/netzpolitik/sites/default/files/Thesen%20Netzpolitik.pdf>, Stand: 11. April 2013.

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt: D64 Charta, 4. April 2012, online abrufbar unter: <http://d-64.org/die-d64-charta/>, Stand: 11. April 2013.

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet: Sieben Thesen zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, Januar 2012, online abrufbar unter: www.divsi.de/institut/sieben-thesen, Stand: 15. Februar 2013.

Eisel, Stephan: Freiheit braucht Verantwortung – Zwanzig Thesen zum Umgang mit dem Internet. In Eisel, Stephan (Herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.): Internet und Demokratie. Freiburg: Herder-Verlag, online abrufbar unter: www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Internet-Demokratie/internet_demokratie_20.pdf, Stand: 15. Februar 2013.

Mayer, Pavel: Zehn Thesen zur Netzpolitik, 18. Juli 2010, online abrufbar unter: www.pavel-mayer.de/politik/zehn-thesen, Stand: 15. Februar 2013.

Spitz, Malte: 10 Thesen zur aktuellen netzpolitischen Diskussion, Juni 2010, online abrufbar unter: www.malte-spitz.de/themen/buergerrechte/3407535.html, Stand: 15. Februar 2013.

Literatur

Berners-Lee, Tim/Handler, James/Lasilla, Ora: The Semantic Web. Scientific American, 17. Mai 2001, online abrufbar unter: www.scientificamerican.com/article.cfm?id=the-semantic-web, Stand: 15. Februar 2013.

Datenschutzbeauftragter: Die sieben Grundprinzipien im Datenschutz, 7. Februar 2012, online abrufbar unter: www.datenschutzbeauftragter-info.de/fachbeitraege/die-sieben-grundprinzipien-im-datenschutz, Stand: 15. Februar 2013.

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI): DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, Hamburg 2012.

Dreier, Jochen: Das Internet der Dinge ist auf dem Vormarsch, 16. Januar 2013, online abrufbar unter: blog.zdf.de/hyperland/2013/01/das-internet-der-dinge-ist-auf-dem-vormarsch, Stand: 15. Februar 2013.

Herwig, Stefan: Austarierung von Anonymität im Netz. Ein kommunikationswissenschaftlicher Zwischenruf, in: Zeitschrift für Datenschutz 12 (2012), S. 558-563.

Internet und Gesellschaft Co:llaboratory: „Gleichgewicht und Spannung zwischen digitaler Privatheit und Öffentlichkeit“. Phänomene, Szenarien und Denkanstöße, Berlin 2011.

Lobo, Sascha: S.P.O.N. - Die Mensch-Maschine: Der Stalker und die Bloggerin, 5. Februar 2013, online abrufbar unter: www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/sascha-lobo-gegen-cyber-stalking-hilft-nur-gespuer-fuers-internet-a-881537.html, Stand: 15. Februar 2013.

Spehr, Michael: So startet das Internet der Dinge, 23. Dezember 2012, online abrufbar unter: www.faz.net/aktuell/technik-motor/hausautomation-so-startet-das-internet-der-dinge-12005195.html, Stand: 15. Februar 2013.

Tolksdorf, Robert: Web 3.0 – die Dimension der Zukunft, 31. August 2007, online abrufbar unter: www.tagesspiegel.de/zeitung/web-3-0-die-dimension-der-zukunft/1028324.html, Stand: 15. Februar 2013.

Themenkomplex	Stephan Eisel	Pavel Mayer	Chaos Computer Club	DIVSI	Dr. Thomas de Maizière	Malte Spitz	Arbeitskreis Netzpolitik der CDU	Netzrat der CSU	D64
Internet als Instrument	Weder gut, noch böse	Schlüssel zum Abwenden der Katastrophe	Keine Angaben	Wichtige Triebfeder für eine Stärkung der Demokratie in aller Welt	Eine Basis-Infrastruktur unseres Zusammenlebens	Chancen der Digitalisierung [...] um für Krisen im Bereich Klima und Gerechtigkeit Lösungen zu bieten.	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Werte für das Netz	Die freiheitliche Demokratie stellt uns ein Wertefundament.	Das Netz verlangt nach Wahrheit, Offenheit und Transparenz.	Keine Angaben	Den Diskurs um die Grundregeln des Zusammenlebens im Internet muss unsere Gesellschaft gemeinsam führen.	Wir sollten uns an den Werten der Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, dem Gebot des gegenseitigen Respekts und der Rücksichtnahme sowie der Chancengleichheit und Solidarität orientieren.	Netzpolitisches Handeln setzt zeitnahe transparente Verfahren, grundsätzliche Prinzipien und gemeinsame Werte voraus.	Die Nutzer müssen die allgemeinen Regeln der Rechts- und Wertordnung auch für sich gelten lassen.	Es geht auch darum zu ermitteln, mit welchem Werteverständnis und mit welchen Umgangsformen die neuen Medien genutzt werden.	Keine Angaben
Freier Netz-Zugang	Freier Zugang, keine Zugangs-kontrolle	Freier Zugang ist ein Menschenrecht.	Netz-Zugang ist ein Grundrecht (kein Entzug, breitbandiges Internet).	Keine Angaben	Staatliche Verantwortung für flächendeckendes Internet	Freier Netz-Zugang ist ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.	Flächen-deckender Breitband-ausbau	Keine Angaben	Freier Internet-Zugang gehört zu den Grundrechten (Gewährleistung von High-Speed-Netzen).

Themenkomplex	Stephan Eisel	Pavel Mayer	Chaos Computer Club	DIVSI	Dr. Thomas de Maizière	Malte Spitz	Arbeitskreis Netzpolitik der CDU	Netzrat der CSU	D64
Netzwirtschaft	Das Netz stärkt den Wirtschaftsbürger.	„Kostenlos-Kultur“ im Netz ist Ziel und Ergebnis wirtschaftlicher Optimierung.	keine Angaben	Das Internet revolutioniert unsere Arbeit.	Keine Angaben	Keine Angaben	Soziale Marktwirtschaft ist auch das Ordnungsprinzip für das Netz (Monopole verhindern).	Die Wirtschaftspolitik muss die Herausforderungen aufnehmen, die durch diese veränderten Geschäftsmodelle, Vertriebswege und Wertschöpfungsketten entstehen.	Das Netz ist zuerst ein Kommunikationsmittel, erst in zweiter Linie ein Handels- und Transaktionsinstrument.
Urheberrecht	Das Netz untergräbt den Schutz geistigen Eigentums (Diebstahl muss unterbunden werden).	Das Netz ist eine unerschöpfliche Alimende. (Monopolrechte auf Immaterialgüter müssen auf den Prüfstand)	Urheberrecht modernisieren (Bagatelgrenzen einführen, Schutzfristen kürzen, Kompensationsmodelle für Urheber schaffen)	Keine Angaben	Keine Angaben	Urheberrecht neu gestalten (Modell der Pauschalvergütung und Schutzfristenkürzung diskutieren)	Schützenswerte Grundlage (adäquate Regelungen für einen gerechteren Ausgleich finden)	Keine Angaben	Eine Überarbeitung der geltenden Urheberrechtsregeln muss sich darauf konzentrieren, den Kreativen zu Einnahmen zu sichern.
Anonymität	Entkopplung vom eigenen Handeln und Verantwortung	Wichtige Voraussetzung für die Sicherheit bestimmter Menschen	Recht auf Anonymität etablieren (Repressalien gegen Anonymisierungsdienste einstellen)	Anonymität wird zunehmend für kriminelle Zwecke missbraucht.	Anonymität und Identifizierbarkeit abwägen	Anonyme Nutzung muss sichergestellt werden	Pseudonyme und Anonymität sind wichtig und schützenswert.	Keine Angaben	Die Möglichkeit, das Netz unter Pseudonymen zu nutzen, muss erhalten bleiben.

■ (tendenziell) ablehnend ■ ambivalent/keine erkennbare Position ■ (tendenziell) zustimmend ■ nicht (direkt) thematisiert

Themenkomplex	Stephan Eisel	Pavel Mayer	Chaos Computer Club	DIVSI	Dr. Thomas de Maizière	Malte Spitz	Arbeitskreis Netzpolitik der CDU	Netzrat der CSU	D64
Demokratie	Netz als Chance zur Stärkung der Demokratie	keine Angaben	keine Angaben	Netz als Triebfeder für eine Stärkung der Demokratie	keine Angaben	Chance auf mehr Transparenz und Beteiligung an demokratischen Prozessen	keine Angaben	keine Angaben	Das Netz muss als Mittel der Demokratisierung genutzt werden.
Datenschutz	Herausforderung mehr auf Seiten der Online-Wirtschaft als auf Seiten des Staates	keine Angaben	Private Daten besser schützen (Wenn kein Speicherzweck, dann Daten nicht erheben bzw. löschen)	Wirtschaft und Verwaltung haben ihnen anvertraute Daten zu schützen.	Datensicherheit ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft (Verantwortung zwischen Anbietern und Nutzern, „persönliche“ Datenmacht).	Datenschutz den neuen Gegebenheiten anpassen (keine zentrale Vorratsdatenspeicherung)	Selbstverpflichtung der Online-Wirtschaft beim Thema Datenschutz wird global agierende begrüßt.	Große Herausforderungen bestehen bei Datenschutz und Privatsphären-Schutzregeln für global agierende Dienste wie Facebook und Google.	Grundrechtsorientierten Datenschutz konsequent anwenden (Transparenz der Datensammlung ist eine zentrale Maßnahme, Datensparsamkeit als Leitmotiv)
Recht	Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.	Gesetze der realen Welt dürfen nicht einfach auf das Netz angewendet werden.	keine Angaben	Straftatien in verhältnismäßiger Form verfolgen (erschwerte Arbeit der Justiz)	Rechtsordnung mit Augenmaß (Rückgriff auf bestehendes Recht)	Recht ist stets eine Frage von Interessen.	Die Nutzer müssen die allgemeinen Regeln der Rechts- und Wertordnung auch für sich gelten lassen.	keine Angaben	keine Angaben
Sicherheit	Es bestehen Gefährdungen der inneren und äußeren Sicherheit	Das Netz ist sicherer als die reale Welt.	keine Angaben	Es braucht eine erklärende Sicherheitspolitik. Der Bürger hat auch eine eigene Sicherheitsverantwortung.	Sicherheitsbehörden sollten sich auf umsetzbare Maßnahmen konzentrieren und IT-Kompetenzen verbessern (Eigenverantwortung der Bürger).	Informationelle Selbstverteidigung	Freiheit wird durch die Anerkennung der Rechte Anderer sowie durch den Grundwert Sicherheit beschränkt.	Im Internet bestehen Gefahren durch bestimmte Kriminalitätsformen, aber es bietet auch neue Chancen zur Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenprävention.	keine Angaben

Themenkomplex	Stephan Eisel	Pavel Mayer	Chaos Computer Club	DIVSI	Dr. Thomas de Maizière	Malte Spitz	Arbeitskreis Netzpolitik der CDU	Netzrat der CSU	D64
Netzpolitik	Politikinteresse wird durch das Internet nicht gesteigert.	Netzpolitik gehört in die Hände von Netzbürgern.	Das Netz spiegelt die reale Welt, doch es ist von anderer Natur.	Internet geht alle an. Es ist viel zu wichtig, um nur Fachleuten überlassen zu werden.	Keine Angaben	Nationales Denken überwinden. Es braucht eine klare netzpolitische Linie (eindeutige Verantwortlichkeit, starke Verfechter).	Netzpolitik mit Augenmaß (Selbstregulierung wird der staatlichen Regulierung vorgezogen)	Netzpolitik ist ein Querschnittsthema über praktisch alle Politikfelder (Schaffung des Amtes eines Staatsministers für Internet und digitale Gesellschaft auf Bundesebene).	Netzpolitik ist keine Politik für das Netz, sondern Politik mit dem Netz. Staatliche Stellen müssen das Netz ernstnehmen.
Transparenz	Keine Angaben	Das Netz verlangt Wahrhaftigkeit, Offenheit und Transparenz.	Öffentliche Daten transparent handhaben	Transparenter und demokratischer Gestaltungsprozess, um das Vertrauen der Menschen in den Nutzen der Technologie zu stärken.	Auch Transparenz unterliegt dem Gebot der Verhältnismäßigkeit.	Dialog und Transparenz sind der Anfang von Open Democracy in Deutschland.	Keine Angaben	Keine Angaben	Demokratievertrauen wird nur durch eine umfassende, lückenlose Transparenz erreicht, in der Geheimhaltung und Vertraulichkeit nur dann möglich sind, wenn dafür eine gesonderte Rechtfertigung und Begründung vorausgeht.
Netzneutralität	Keine Angaben	Keine Angaben	Entfaltung des Netznutzens nur bei Netzneutralität	Keine Angaben	Keine Angaben	Zentrales netzpolitisches Thema der nächsten Jahre (neuen Monopolen entgegenwirken; Wettbewerb schaffen)	Netzneutralität ist ein wesentliches Element für Innovation im Internet.	Keine Angaben	Keine Angaben

■ (tendenziell) ablehnend ■ ambivalent/keine erkennbare Position

■ (tendenziell) zustimmend ■ nicht (direkt) thematisiert

Themenkomplex	Stephan Eisel	Pavel Mayer	Chaos Computer Club	DIVSI	Dr. Thomas de Maizière	Malte Spitz	Arbeitskreis Netzpolitik der CDU	Netzrat der CSU	D64
Verwaltung	Das Internet eröffnet der Verwaltung neue Möglichkeiten der Bürgernähe.	Keine Angaben	IT-Großprojekte der öffentlichen Hand nach sinnvollen Kriterien vergeben	Die Verwaltung hat die ihr anvertrauten Daten vor Hacker-Angriffen zu schützen.	Elektronischste Behördenleistungen ausbauen, sie dienen einer effizienten, wirtschaftlichen und bürgernahen Verwaltung.	Technologische Souveränität wahren, staatliche IT-Systeme attraktiv und sicher ausgestalten.	Keine Angaben	Modernisierung durch IT-Einsatz kann von Haushaltsmitteln ohne Qualitätsverlust dienen.	In Open Government liegt die Zukunft eines vereinfachten, bürgerfreundlichen Behörden- und Verwaltungsapparates. Open Data muss zum Grundprinzip werden.
Bildung	Nur eine fundierte Allgemeinbildung ermöglicht den sinnvollen Umgang mit der Fülle an speziellen Informationen im Internet.	Das Netz wird wichtigstes Mittel für Bildung sein und Kompetenz im Umgang damit zugleich der wichtigste Zweck. Unser bestehendes Bildungssystem muss radikal verändert werden.	Keine Angaben	Bei positiver Nutzung kann das Internet Bildung fördern.	Der staatliche Bildungsauftrag muss beim Ausbau von Online-Angeboten berücksichtigt werden.	Die Vermittlung von Medienkompetenzen muss früh im Kindesalter beginnen und zentraler Bestandteil von Bildungsprogrammen bis ins hohe Lebensalter sein.	Angebote zur Förderung der Medienkompetenz müssen unterstützt und ausgebaut werden.	Es ist zentrale Aufgabe aller Bildungseinrichtungen, Medien- und Informationskompetenzen zu vermitteln.	An Schulen muss Technik- und Medienkompetenz vermittelt werden.
Teilhabe	Keine Angaben	Teilhabe ist nur mit Netzzugang möglich.	Bedingung für die Teilhabe ist ein Netzzugang.	Dank Internet haben die Bürger nie dagewesene Möglichkeiten, Staat und Gesellschaft mitzugestalten.	Ein Nutzen ist die Teilhabe an der politischen Willensbildung.	Teilhabe ist die Voraussetzung von Open Democracy.	Das Internet ermöglicht neue Formate der direkten Bürgerbeteiligung.	Das Internet ermöglicht die Teilhabe an der Bürgergesellschaft (bspw. Petitionen und Foren)	Jeder muss am Netz teilhaben können. Teilhabe an politischen Diskussionen muss gewährleistet werden.

Themenkomplex	Stephan Eisel	Pavel Mayer	Chaos Computer Club	DIVSI	Dr. Thomas de Maizière	Malte Spitz	Arbeitskreis Netzpolitik der CDU	Netzrat der CSU	D64
Wissenschaft	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Wissenschaft sollte bei Themen wie Internet Governance und Open Democracy einbezogen werden.	Keine Angaben	Keine Angaben	Universitäten müssen den Wandel zur Netzgesellschaft vollziehen: Ihr Wissen ist öffentliches Wissen.
Transnationalität	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Die Entwicklung von nationalem, supranationalem und internationalem Recht muss Hand in Hand gehen.	Nationale Kleinstaaterei ist im Internet zum Scheitern verurteilt. Internationale Grenzen und Diskussionsräume müssen gestärkt werden.	In einer globalisierten Welt kann eine verpflichtende Selbstregulierung von Diensteanbietern häufig schneller wirksam werden als eine nationalstaatliche Lösung.	Keine Angaben	Der grenzüberschreitende Charakter des Internets ist Errungenschaft und Aufgabe zugleich.
Digitale Spaltung	Wir haben es mit einer dreifachen digitalen Spaltung zu tun.	Das Netz spaltet die Gesellschaft, weil unser Bildungssystem versagt.	Keine Angaben	Ob wir das Internet schon nutzen oder (noch) nicht. <i>Spaltung ist ein vorübergehender Zustand.</i>	Keine Angaben	Eine digitale Spaltung muss verhindert werden. Ohne Internet-Zugang wird man schnell abgehängt.	Digital niemanden zurücklassen	Es bedarf besonderer Anstrengungen nicht zuletzt, um nicht den Anschluss an die „Digital Natives“ zu verlieren.	Keine Angaben

■ (tendenziell) ablehnend ■ (tendenziell) zustimmend ■ nicht (direkt) thematisiert

■ ambivalent/keine erkennbare Position

Thesen zur Netzpolitik: ein Überblick

Dominic Völz, Timm Christian Janda

1. Einleitung

Die Entwicklung des Computers und die Digitalisierung des Lebens haben die Welt in den letzten Jahrzehnten entscheidend geprägt und verändert. Die weitreichendsten Veränderungen haben sich jedoch durch die Entwicklung des Internets von einem wissenschaftlichen Werkzeug an Universitäten hin zu einem sozialen Alltagsinstrument ergeben. Dieses hat neben allen Vorteilen eine Reihe von Fragen bezüglich der Kommunikation miteinander und dem Verhältnis der Internet-Nutzer zueinander aufgeworfen: Wie sollen wir im Netz miteinander umgehen? Welche Regeln gelten für die Kommunikation im Netz? Welche Werte liegen dem Umgang mit dem neuen Medium Internet zu Grunde?

Während einige dieser Fragen zu Beginn der Internet-Entwicklung noch über ein konsensorientiertes Selbstverständnis der Nutzer in Form einer „Netiquette“ und „Hacker-Ethik“ geklärt werden konnten, haben die Entwicklung und weite Verbreitung des Internets seit Mitte der 1990er Jahre einen erweiterten Regelungsbedarf geschaffen – nicht zuletzt dadurch, dass sich das Internet von einem akademischen Experten-Instrument zu einem Massenmedium gewandelt hat. Die Anzahl der Nutzer ist nicht nur gestiegen, sie ist auch bunter geworden, wobei sich Art und Umfang der Nutzung teils erheblich unterscheiden.¹

Eine Regulierung erfolgte zunächst lediglich über Anpassungen des Rechtsrahmens als Erweiterung von Vorschriften für das „Internet“. In den letzten Jahren ist darauf aufbauend ein eigenständiges Politikfeld der „Netzpolitik“ entstanden, das prospektiv die Entwicklung des Internets und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft aus einer systemischen Perspektive betrachten und handhaben soll. Die Notwendigkeit einer solchen integrierten Netzpolitik ergibt sich nicht zuletzt durch die vielfältigen Themenbereiche, die sich um das Internet auf tun und die in vielfältigster Weise miteinander verknüpft sind.

Die „Netzpolitik“ und die vielseitigen Themen, die von diesem Politikfeld umfasst werden (sollen), bieten Akteuren eine Menge Raum, sich (netzpolitisch) zu positionieren. Die Handhabung von Fragen im Bereich des neuen Politikfelds vollzieht sich bei vielen relevanten Akteuren noch über die Abhandlung von Einzelthemen. Andere Akteure hingegen haben bereits versucht, die Thematik in ihrer Breite aufzugreifen, zumeist in Form von Thesensätzen („Netzthesen“). Diese sind, auch wenn sie vielfach

¹ Vgl. z. B. DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, online abrufbar unter www.divsi.de/divsi-milieu-studie.

ausdrücklich zur Diskussion gestellt werden und daher keine abschließenden Positionierungen darstellen, eine gute Informationsquelle für die Frage, wie sich verschiedene Akteure – zunächst grundlegend und ggf. vorläufig – in Bezug auf die Netzpolitik in ihrer Gesamtheit positionieren möchten. Daraus lassen sich – im Gegensatz zur Abhandlung von Einzelthemen, die häufig noch anderen Politikfeldern zugeordnet sind – grundlegende Positionen zur Netzpolitik in ihrer Gesamtheit ableiten. Vorreiter war der damalige Bundesminister des Innern Thomas de Maizière, der seine Thesen 2010 explizit als Anstoß zur Diskussion veröffentlicht hat.

Die vorliegende Untersuchung setzt sich mit den vorhandenen netzpolitischen Thesen auseinander und zeigt sie in ihrer Gesamtheit auf, um eine Bestimmung von Positionen relevanter Akteure im Bereich des Politikfeldes Netzpolitik zu ermöglichen. Dabei soll auch aufgezeigt werden, bei welchen relevanten Themen grundsätzlich Konsens oder Dissens unter den Akteuren herrschen. Dementsprechend wurden nur Thesensätze in die Untersuchung einbezogen, die sich aus einer Gesamtperspektive mit dem Politikfeld Netzpolitik befassen. Die untersuchten Thesen repräsentieren den Gesamtbestand netzpolitischer Thesen in Deutschland bis zum Frühjahr 2013. Sie bilden weder alle relevanten netzpolitischen Akteure noch alle derzeit diskutierten netzpolitischen Themen ab, was auch der schwierigen Vereinbarkeit von grundlegender Positionierung und rascher Internet-Entwicklung geschuldet ist. Ziel ist es, einen Überblick und eine grundlegende Orientierung im Bereich der Netzpolitik zu bieten und somit etwas Ordnung in das breit gestreute Themenfeld zu bringen.

Im Folgenden werden zunächst die Thesen vorgestellt und beschrieben, die in die Auswertung einbezogen wurden. Im Anschluss daran wird dargestellt, ob und wie einzelne Themen der netzpolitischen Diskussion durch die jeweiligen Autoren aufgegriffen wurden, um daraus ihre Positionierung abzuleiten. Die Schlussbetrachtung versucht nachzuzeichnen, bei welchen Themen Konsens oder eher Dissens herrschen und welche Themen in Zukunft voraussichtlich zusätzlich auf der netzpolitischen Agenda stehen werden.

2. Netzthesen – Autoren und Chronologie

Eine Orientierung zu zentralen Themen der netzpolitischen Diskussion bieten die von unterschiedlichen Autoren stammenden „Netzthesen“. Der grundlegende netzpolitische Diskurs soll im Folgenden anhand dieser netzpolitischen Thesen nachgezeichnet werden. In der vorliegenden Publikation wurden die Thesen der nachfolgenden Autoren (Personen und Institutionen) berücksichtigt:

- Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)
- Stephan Eisel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Autor von „Internet und Demokratie“
- Malte Spitz, Bündnis 90/Die Grünen
- Thomas de Maizière, (damaliger) Bundesminister des Innern
- Pavel Mayer, Piratenpartei
- D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt, SPD-naher Thinktank
- Netzzrat der Christlich Sozialen Union (CSU)
- Arbeitskreis Netzpolitik der Christlich Demokratischen Union (CDU)
- Chaos Computer Club (CCC), europäische Hackervereinigung

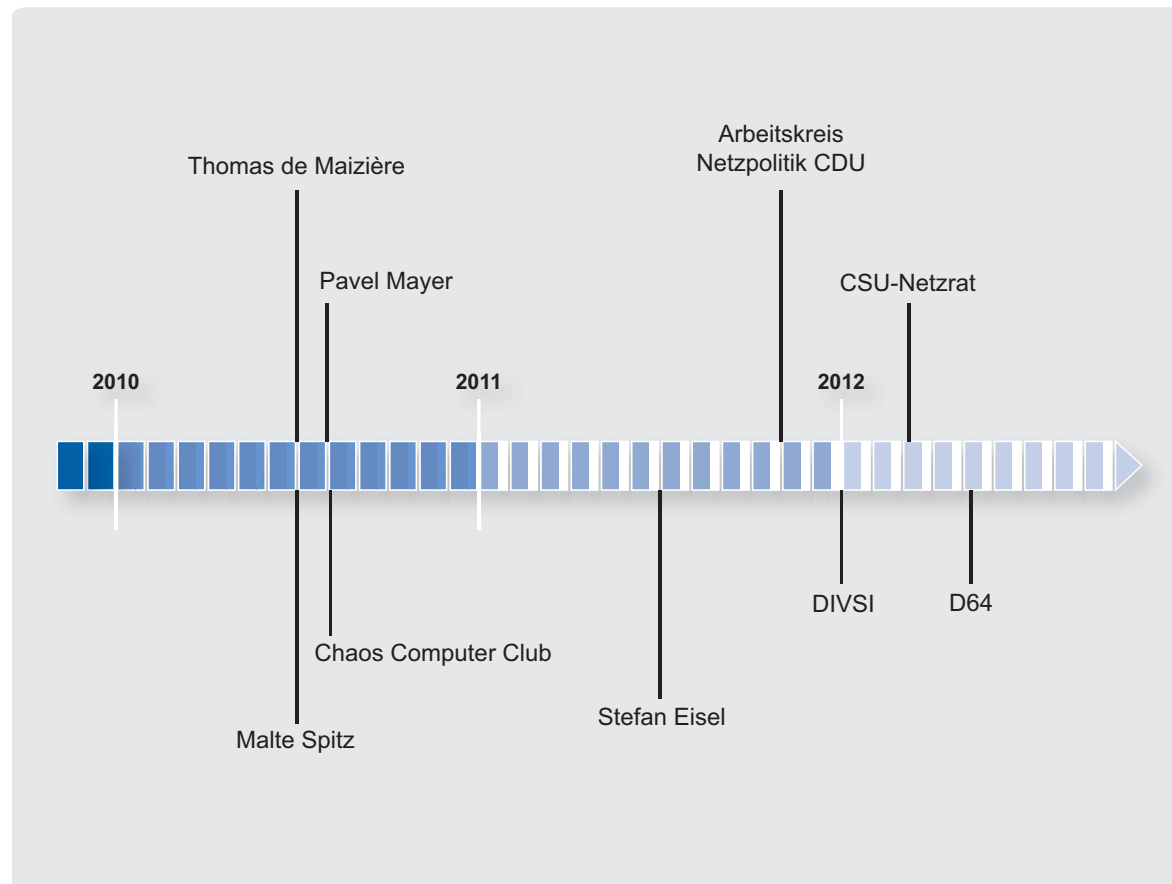
Die untersuchten Thesen wurden im Zeitraum 2010 bis 2012 veröffentlicht (vgl. Abb. 1). Den ersten „Block“ bilden die Thesen von Thomas de Maizière, die als Anstoß zur Diskussion zu sehen sind, und die Thesen, die darauf explizit oder implizit reagieren. Die Thesen des ersten Blocks entstammen alle gesamt dem Jahr 2010. Im darauf folgenden Jahr sind die Thesen von Stephan Eisel als eine Art mittlerer Teil zu sehen, auch wenn es sich hier nur um einen einzigen Thesensatz handelt. Den „späten“ Block bilden die Thesen des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU und des Netzzrates der CSU, des Vereins D64 und des DIVSI. Diese Thesensätze wurden ab Ende 2011 bis Mitte 2012 veröffentlicht.² Nach Mitte 2012 finden sich in Deutschland keine neuen Thesensätze mehr, die sich mit der Netzpolitik insgesamt befassen.

Die Vergleichbarkeit der untersuchten Thesen hat nicht unter dem zeitlichen Unterschied der Veröffentlichung gelitten, da der Zeitraum insgesamt relativ kurz ist (Juni 2010 bis April 2012). Von den in den Thesen adressierten Themen hat in diesem Zeitraum keines eine abschließende problem-lösende Regelung erfahren – alle sind somit nach wie vor in der Diskussion.

Die untersuchten Thesen unterscheiden sich bezüglich Fokus, Hintergrund und Umfang. Im Durchschnitt handelt es sich um zehn Thesen, wesentliche Abweichungen gibt es nach oben nur bei Stephan Eisel, der mit zwanzig Thesen arbeitet, sowie nach unten beim DIVSI und beim Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, die mit sieben bzw. fünf Thesen auskommen.

² Die Thesen des Vereins D64 wurden als Beta-Version im April 2012 zur Diskussion gestellt und endgültig im Dezember 2012 veröffentlicht. Da sich die beiden Versionen nicht unterscheiden, ist als „Stand“ der April 2012 anzunehmen, auch wenn die Veröffentlichung erst im Dezember erfolgte.

Abbildung 1: Chronologie der Veröffentlichung der Netzthesen



Auch die Hintergründe der Thesen-Veröffentlichung sind sehr unterschiedlich. Teilweise handelt es sich um Reaktionen auf die Thesen von de Maizière (z. B. Mayer, Spitz), teilweise um unabhängig davon entstandene Thesen, die z. B. der Ausrichtung der Organisation dienen sollen (DIVSI, D64). Sie dienen somit sowohl internen Zwecken als auch als Beiträge zur allgemeinen netzpolitischen Diskussion, manche Thesensätze erfüllen beide Zwecke. Vollständigen Eingang in offizielle Parteipositionen haben lediglich die Thesen von Pavel Mayer gefunden, die von der Piratenpartei übernommen wurden. Die Thesen anderer politischer Akteure (CDU-Arbeitskreis, CSU-Netzrat, de Maizière, Spitz) oder politiknaher Akteure (D64) wurden nicht in ihrer Gesamtheit als offizielle Position übernommen.

Die Thesen unterscheiden sich zudem darin, ob es sich um reine Thesen zur Thematik handelt (z. B. DIVSI) oder ob sie darüber hinaus Klarstellungen bieten (CSU-Netzrat, Eisel) oder in eine klare Positionierung zum Thema münden (alle anderen). Während bei den meisten Autoren die Thesen – ggf. mit Erklärung – allein stehen, verweist der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU auf weitere Positionspapiere, die zusammen mit den Thesen das Thema abbilden. Inhaltlich geht die Positionierung hier also über die Thesen selbst hinaus.

Die Autoren der Thesen lassen sich grob nach „politischen“ und „nicht politischen“ Autoren trennen. Zu „politischen“ Autoren zählen hier Thomas de Maizière, Malte Spitz, Pavel Mayer, der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU und der Netzrat der CSU sowie als parteinaher Thinktank der Verein D64. Zu

den „nicht politischen“ Autoren zählen der Chaos Computer Club, Stephan Eisel und das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI). Die Thesen lassen sich des Weiteren nach unterschiedlichen Kategorien bewerten, z. B. inwieweit sie eine direkte Reaktion auf die Thesen von de Maizière darstellen oder ob sie primär für interne Zwecke oder für die öffentliche Diskussion erarbeitet worden sind.

Auf den folgenden Seiten werden die untersuchten Thesen und ihre Entstehung kurz beschrieben.

Thomas de Maizière: „14 Thesen zu den Grundlagen einer gemeinsamen Netzpolitik der Zukunft“

Die Thesen von Thomas de Maizière wurden Ende Juni 2010 veröffentlicht und sind somit chronologisch die ersten Netzthesen. Andere wurden nachfolgend explizit oder implizit als Reaktion auf seine Thesen veröffentlicht. Die Thesen de Maizières sind das Ergebnis von vier Dialog-Veranstaltungen, die online zur Diskussion gestellt wurden – die Thesen selbst waren später ebenfalls Gegenstand einer Online-Konsultation. Teilnehmer der Konsultation konnten sie vier Wochen befürworten oder ablehnen, zudem gab es die Möglichkeit einer „neutralen“ Bewertung und die Möglichkeit, direkte Ideen zum Thesen-Inhalt zu äußern. Die Ergebnisse der Bewertung sind online abrufbar.³

Die Thesen wurden von de Maizière in seiner Rolle als Bundesminister des Innern veröffentlicht und stellen somit eine offizielle Äußerung dar. Sie sind als Beitrag zur Diskussion extern ausgerichtet und explizit nicht abgeschlossen, da sie die Grundlage für die Online-Konsultation darstellen und somit zur Diskussion gestellt wurden. Die Thesen finden sich im Original online unter:

www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/1099988/publicationFile/92073/thesen_netzpolitik.pdf

Malte Spitz: „10 Thesen zur netzpolitischen Diskussion“

Die „10 Thesen zur netzpolitischen Diskussion“ von Malte Spitz vom Juni 2010 sollen als Anstoß zur notwendigen Gestaltung der Digitalisierung dienen.

Spitz, Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen, hat die Thesen online auf seiner privaten Homepage und als Gastbeitrag auf dem Autorenblog carta.info veröffentlicht. Sie sind ein Beitrag zur innerparteilichen Debatte, allerdings aufgrund einer fehlenden Übernahme durch die Partei nicht als offizielle Parteiposition zu werten.

Obwohl Spitz in den Thesen nicht direkt auf die Thesen von de Maizière Bezug nimmt, deutet die zeitliche Nähe darauf hin, dass seine Thesen eine Reaktion auf diese sind, zumal sich Spitz im gleichen Zeitraum an anderer Stelle⁴ mit ähnlichem Inhalt kommentierend mit den Thesen

³ www.e-konsultation.de/netzpolitik/mitreden.

⁴ www.zeit.de/digital/internet/2010-06/Maizière-spitz-netzpolitik/seite-1

de Maizières auseinandergesetzt hat. Die Thesen von Malte Spitz können online abgerufen werden unter:

www.carta.info/29562/10-thesen-zur-netzpolitischen-diskussion-raus-aus-der-hobby-ecke/ oder alternativ unter www.malte-spitz.de/themen/medienpolitik/3407535.html

Pavel Mayer: „Zehn Thesen“

Die „Zehn Thesen“ von Pavel Mayer wurden am 18. Juli 2010 als Antwort auf die Thesen von Thomas de Maizière online veröffentlicht. Mayer hat sie im Rahmen seiner Arbeit in der Piratenpartei dieser als Gegenposition zu de Maizière vorgeschlagen. Diesem Vorschlag ist die Partei gefolgt, indem sie die Thesen offiziell in Kurzform übernommen hat. Für die Begründung der Thesen wird auf die Online-Publikation von Mayer verwiesen, weshalb diese als Grundlage dient.

Die Thesen sind als Antwort auf de Maizière und somit als Beitrag zur Debatte extern angelegt, durch ihre Übernahme als Parteiposition sind sie zudem Handlungsrahmen und somit intern ausgerichtet. Eine Diskussion in Form einer Untermauerung bzw. Widerlegung der Thesen ist durch Mayer ausdrücklich erwünscht. Die Thesen von Pavel Mayer sind unter den folgenden Adressen in langer Form und verkürzter Form zu finden:

www.aggreat7.ath.cx/2010/07/18/zehn-thesen
www.berlin.piratenpartei.de/2010/07/21/piratenpartei-veroeffentlicht-10-thesen-zur-netzpolitik/

Chaos Computer Club (CCC): „Forderungen für ein lebenswertes Netz“

Die „Forderungen für ein lebenswertes Netz“ wurden am 19. Juli 2010 durch den Chaos Computer Club (CCC) online veröffentlicht. Der Club ist ein Verein deutscher Hacker, der „sich grenzüberschreitend für Informationsfreiheit einsetzt und mit den Auswirkungen von Technologien auf die Gesellschaft sowie das einzelne Lebewesen beschäftigt und das Wissen um diese Entwicklung fördert“.⁵

Die elf Thesen sind der Standpunkt des Vereins im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Chancen und Möglichkeiten des vernetzten Lebens. Nach Auffassung des Vereins liegt dieser Diskussion eine Fehleinschätzung darüber zugrunde, wo eine Regulierung notwendig ist und wo nicht.

Die Thesen stellen eine offizielle Positionierung im Rahmen der netzpolitischen Debatte dar und sind aufgrund der zeitlichen Nähe als Reaktion auf die Thesen von de Maizière zu werten, zumal explizit auf diese verlinkt wird. Die CCC-Thesen werden ausdrücklich zur Debatte gestellt, neben einer internen Ausrichtung zur Positionierung des Vereins sind sie somit auch ein Beitrag zur allgemeinen Diskussion. Die Thesen des Chaos Computer Clubs finden sich unter:

www.ccc.de/de/updates/2010/forderungen-lebenswertes-netz

⁵ Vgl. www.ccc.de/satzung.

Stephan Eisel: „Freiheit braucht Verantwortung – Zwanzig Thesen zum Umgang mit dem Internet“

Die zwanzig Thesen von Stefan Eisel sind Bestandteil seines Buches „Internet und Demokratie“, das 2011 in der Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) erschienen ist. Eisel war zum Zeitpunkt des Erscheinens dort Projektbeauftragter, die Thesen stellen jedoch keine explizite Positionierung der Stiftung dar. Die Thesen sind auch keine Reaktion auf die Thesen de Maizières, sondern das Ergebnis der Projektarbeit.

Dem Vorwort des Buches zufolge war es dem Autor ein Anliegen, im Rahmen der – seiner Meinung nach sehr ideologisch geführten – Debatte um die Auswirkungen des Internets einen nüchternen und sachlichen Beitrag zu leisten⁶. Die Thesen sind somit eher extern ausgerichtet und durch ihre Publikation in Buchform zunächst als abgeschlossen zu werten. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie war keine Erneuerung oder Aufarbeitung der Thesen bekannt.

Die Thesen von Stephan Eisel finden sich in seinem Buch „Internet und Demokratie“ und im PDF-Format unter:

www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/InternetDemokratie/internet_demokratie_20.pdf

Christlich Demokratische Union (CDU): „Bericht des Arbeitskreises Netzpolitik“

Die Thesen sind Bestandteil eines Berichts, den der parteiinterne Arbeitskreis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) zum 24. Parteitag im November 2011 vorgelegt hat. Der Arbeitskreis Netzpolitik ist ein innerparteiliches Forum für die Entwicklung der Netzpolitik.⁷

Die Thesen stellen keine Reaktion auf die Thesen von de Maizière dar. Sie sind intern ausgerichtet, eine Weiterentwicklung der Inhalte ist angedacht. Die Thesen sind insofern als offiziell zu werten, als der Arbeitskreis Netzpolitik ein institutionalisiertes innerparteiliches Forum darstellt – sie sind allerdings nicht als offizielle Parteiposition übernommen worden. Der Bericht ist online verfügbar:

www.cdu.de/doc/pdfc/111114-bericht-zur-netzpolitik.pdf

DIVSI: „Sieben Thesen zu Vertrauen und Sicherheit im Internet“

Die „Sieben Thesen zu Vertrauen und Sicherheit im Internet“ wurden 2012 durch den damaligen Schirmherrn Joachim Gauck vorgestellt.

Die Thesen sollen als Richtschnur für die Arbeit des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) dienen, einer unabhängigen, gemeinnützigen Gründung der Deutsche Post AG, sie sind keine Reaktion auf die Thesen von de Maizière. Sie sind primär intern ausgerichtet und somit

⁶ Vgl. Eisel 2011, S. 9.

⁷ Vgl. www.cdu.de/politikaz/netzpolitik.php.

kein direkter Beitrag zur allgemeinen Debatte, aber als offizielle Position zu sehen. Die Thesen des DIVSI sind im Original abzurufen unter:

www.divsi.de/institut/sieben-thesen

Netzrat der Christlich Sozialen Union (CSU): „In Freiheit und Fairness“

Die Thesen des Netzrates der Christlich Sozialen Union (CSU) sind Bestandteil des 2. Positionspapiers „In Freiheit und Fairness“, das 2012 im Rahmen des gleichnamigen Netzkongresses der CSU veröffentlicht wurde. Das Papier folgt dem 1. Positionspapier des Netzrates aus dem Jahr 2011 und stellt keine Reaktion auf die Thesen von de Maizière dar. Der CSU-Netzrat versteht sich als „unabhängiges Expertengremium“⁸, das Positionen zu internetspezifischen Fragestellungen erarbeitet und vorlegt. Das erste Positionspapier wurde noch explizit als Diskussionsgrundlage bezeichnet und sollte „der parteiinternen und öffentlichen Debatte neuen Schwung geben und einen Beitrag zur Meinungsfindung leisten“.⁹ Das zweite Netzpapier steht in dieser Tradition, auch wenn dies so nicht benannt wird. Die Thesen sind somit intern wie extern ausgerichtet. Eine offizielle Übernahme durch die Partei hat noch nicht stattgefunden. Das Positionspapier des CSU Netzrates kann online abgerufen werden unter:

www.csu.de/dateien/partei/dokumente/positionspapier2_netzrat.pdf

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt: „D64 Charta“

Die Thesen des D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt wurden 2012 als „Charta“ durch Gründungsmitglieder und Vorstand des Vereins veröffentlicht. Der Verein D64 versteht sich als sogenannter Thinktank, der die „Digitalisierung“ mit gestalten und politische Veränderungen erreichen möchte.¹⁰ Der Verein gilt als „SPD-nah“.¹¹

Die Thesen sollen als Orientierung für die zukünftige Arbeit des Vereins dienen und sind somit zunächst intern ausgerichtet. Sie wurden zuerst im Frühjahr 2012 als „Beta-Version“ veröffentlicht, d. h. Änderungen, Kommentare und Diskussionen durch die Mitglieder waren erwünscht. Ende Dezember 2012 wurde die „Charta“ auf der Homepage des Vereins als fertig entwickelte Positionsbestimmung für 2013 vorgestellt.¹² Die Thesen sind somit als vorerst abgeschlossen zu betrachten, zumal kein inhaltlicher Unterschied zwischen der Beta-Version und der aktuellen Fassung besteht. Die „Charta“ des Vereins D64 findet sich unter:

www.d-64.org/wp-content/uploads/2012/12/d64_charta_2012.pdf

⁸ Vgl. CSU 2012, S. 4.

⁹ Vgl. CSU 2011, S. 5.

¹⁰ Vgl. <http://d-64.org/mission-statement/>.

¹¹ Vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/spd-nahe-internetverein-d64-lobbying-fuer-investoren-a-868730.html>.

¹² Vgl. <http://d-64.org/die-d64-charta/>.

3. Netzthesen – Inhalte

Die Autoren der Netzthesen greifen nicht nur einzelne Themen der aktuellen Debatte heraus, sondern behandeln das Thema Netzpolitik mithilfe mehrerer Thesen in seiner ganzen Breite. Durch die Gesamtschau der Thesen bietet sich ein guter Überblick über die aktuelle netzpolitische Diskussion in Deutschland. Grundsätzlich wäre eine Reduzierung der Thesen auf Schlagwörter allein nicht ausreichend, entlang einzelner Begriffe lassen sich jedoch zunächst die aufgegriffenen Themen nachzeichnen. Je nach Verfasser gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, wobei einige Themen die Diskussion dominieren. Bei einigen Autoren erscheinen bestimmte Werte gar nicht, teilweise werden auch mehrere Themen in einer These oder ein Thema in mehreren Thesen (innerhalb eines Thesensatzes) abgehandelt.¹³

Wie bestimmte Themen von den Autoren aufgegriffen werden, wird im Folgenden dargestellt. Der Fokus liegt dabei auf dem Inhalt der Thesen. Darüber hinausgehende Inhalte und Positionen innerhalb der untersuchten Dokumente oder weitergehender Positionspapiere bleiben unberücksichtigt, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Themen anhand ihres Tenors in vier Kategorien eingeteilt. Diese beziehen sich zum einen auf tatsächliche und mögliche Auswirkungen des Internets (Kategorien „Chancen“ und „Kontroversen“), zum anderen auf seine Nutzung und eine ggf. notwendige Regulierung (Kategorien „Internet-Nutzung“ und „Netzpolitik“).

3.1 Kategorie „Internet-Nutzung“

Die erste Kategorie „Internet-Nutzung“ beinhaltet all die Themen, die sich mit dem Internet als solches und seiner Nutzung als Medium oder Instrument beschäftigen. Dies beinhaltet die grundlegenden Werte, die für die Kommunikation im Internet angelegt werden sollen, ebenso wie notwendige Bildungsaspekte.

Internet als Instrument

Obwohl das Internet in vielen Bereichen Eingang in das tägliche Leben gefunden hat, herrscht immer noch wenig Klarheit darüber, wie es selbst zu charakterisieren ist, und welche Schlüsse aus einer solchen Charakterisierung gezogen werden müssten. Bei einem Großteil der Thesen wird zunächst die grundsätzliche Frage danach aufgeworfen, was das Wesen des Internets ausmacht bzw. wie man es charakterisieren könnte. Das Spektrum reicht je nach Betonung der Chancen oder Risiken von positiv bis eher negativ, wobei es auch die Position gibt, dass das Internet lediglich ein Instrument sei und sich dadurch einer Einordnung entziehe.

Stephan Eisel ist der Auffassung, dass das Internet weder gut noch böse sei (These 1), der Verein D64 sieht gleichermaßen positive neue Möglichkeiten wie Missbrauchspotenziale (These 1). Das Internet stelle lediglich „eine Basis-Infrastruktur unseres Zusammenlebens“ dar, meint Thomas

¹³ Dementsprechend ist die Anzahl der Themen mit 19 geringer als die Anzahl der Thesen im größten Thesensatz (bei Eisel: 20 Thesen).

de Maizière (These 7). Andere Autoren sehen im Internet mehr als nur jene Basis-Infrastruktur. Das Internet gilt als „Medium der Informationsbeschaffung“ (CCC, These 1), „zentrales Informations-, Kommunikations- und Transaktionsmedium“ (D64, These 1). Pavel Mayer sieht im Internet den „Schlüssel zum Abwenden der Katastrophe“ und bezieht sich dabei auf die „Folge[n] von Krieg, Hunger, Krankheit sowie Umwelt- und Naturkatastrophen“ (These 10). Ähnlich wertet Malte Spitz das Internet, wenn er dort die Chance zur Lösung von Klima- und Gerechtigkeitsproblemen sieht (These 4). In den DIVSI-Thesen wird dem Internet das Potenzial einer „Triebfeder für eine Stärkung der Demokratie in aller Welt“ (These 7) zugesprochen.

Gemeinsame Werte

Ein weiteres Thema in den Thesen sind gemeinsame Werte. Für das Miteinander der Netzbürger sollen bestimmte Grundregeln gelten, darin sind sich die Verfasser der Netzthesen größtenteils einig. Vielfach besteht jedoch nur die Forderung nach Regeln, ohne diese zu konkretisieren. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass sich dabei zumeist auf die Werteordnung unserer freiheitlichen Demokratie bezogen wird. In den Thesen finden sich zwei Strömungen, die sich mit der Frage nach der Regelung des „Miteinander“ im Internet beschäftigen. Die Strömungen lassen sich anhand der Frage unterscheiden, ob das Internet als solches Objekt einer Normierung ist und auf die Rechtsprechung als Ordnungsgröße abgestellt wird (staatliche Regulierung „von außen“) oder ob die Kommunikation innerhalb des Internets Ziel der Normierung ist, und somit eher Regeln für den Umgang der Nutzer untereinander getroffen werden sollen (Selbstregulierung der Netzgemeinde „von innen“)¹⁴. Für die Frage nach gemeinsamen „Werten“, die den Umgang der Internet-Nutzer miteinander regeln, ist primär die zweite Strömung von Interesse.

Der Netzrat der CSU, der Verein D64, der Chaos Computer Club und Pavel Mayer zielen in ihren Thesen nicht auf gemeinsame Werte ab und sind daher zur ersten Strömung zu rechnen. Eine Regelung des Umgangs der Nutzer miteinander fällt hier implizit oder explizit dem Staat – und somit der Rechtsprechung – zu.

Die anderen Autoren stützen sich im Gegensatz hierzu auf „gemeinsame“ Werte als Regelungsmechanismus. Thomas de Maizière fordert, dass sich an den Werten der Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, dem Gebot des gegenseitigen Respekts und der Rücksichtnahme sowie der Chancengleichheit und Solidarität orientiert werden sollte (These 1). Auch Stephan Eisel spricht von einem Wertefundament und zählt das Bekenntnis zum Schutz der Menschenwürde, die Anerkennung der Mehrheitsregel bei Gewährleistung des Minderheitenschutzes und die Absage an das Faustrecht des Stärkeren durch das staatliche Gewaltmonopol auf (These 2). Nach dem Arbeitskreis Netzpolitik der CDU wird die Freiheit im Netz durch die „Anerkennung der Freiheit und Rechte anderer, sowie durch die Grundwerte der Gemeinschaft“ beschränkt (These 1). Das DIVSI sieht ohne eine nähere Benennung von Werten die Notwendigkeit, dass die Gesellschaft den Diskurs um die Grundregeln des Zusammenlebens im Internet gemeinsam führt (These 7). Ähnlich abstrakt bleibt auch Malte Spitz, welcher für die Entwicklung kreativer Kräfte im Internet einen Rahmen von „Rights and Principles“ vorsieht (These 1).

¹⁴ Die Selbstregulierung von innen entspräche dann eher einer Art Selbstverpflichtung, wie es sie in den Anfängen des Internets per Netiquette oder Hacker-Ethik gab. Eine solche Selbstregulierung würde zwar notwendigerweise auf geltendes Recht aufbauen, allerdings nicht auf Rechtsnormen, sondern auf gemeinsame Normen der Netzgemeinde als Maßstab zurückgreifen.

Freier Internet-Zugang

Das Thema „freier Internet-Zugang“ adressiert die Frage, inwieweit bei der stetig wachsenden Bedeutung des Internets für das tägliche Leben dafür Sorge getragen werden muss, dass ein möglichst freier, dauerhafter und schneller Zugang zum Internet für alle Bürger sichergestellt wird.

Wenn es um einen freien Netzzugang geht, kann von einem weitgehenden Konsens der Netzthesen-Autoren gesprochen werden. Wo das Thema aufgegriffen wird, ist klar, dass ein freier Zugang der Menschen zum Internet nötig ist. Es ist von „staatlicher Verantwortung für flächendeckendes Internet“ (de Maizière, These 7) und von der „Gewährleistung von High-Speed-Netzen“ (D64, These 2) die Rede. In einigen Thesen wird von einem „Teil [der] öffentliche[n] Daseinsvorsorge“ (Spitz, These 6), von „Grundrecht“ (CCC, These 1) und sogar von „Menschenrecht“ (Mayer, These 8) gesprochen. Die Frage eines freien Netzzugangs wird weder in den Thesen des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU noch in denen des Netzrates der CSU thematisiert.

Bildung

Das Thema Bildung beinhaltet zwei grundlegende Fragen: Welche Kompetenzen sind für eine sinnvolle und sichere Nutzung des Internets notwendig und wer soll diese vermitteln, und welche Rückkopplungseffekte hat die Entwicklung des Internets auf die Vermittlung von Wissen und die Wissen vermittelnden Einrichtungen?

Beim Thema Bildung herrscht unter den Autoren der untersuchten Thesen große Einigkeit. Eine entscheidende Aufgabe aller Bildungseinrichtungen sei die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenzen (Spitz, Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, Netzrat der CSU, Verein D64).¹⁵ Stephan Eisel betont darüber hinaus, dass es einer fundierten Allgemeinbildung bedürfe, um einen sinnvollen Umgang mit der Fülle an speziellen Informationen im Internet zu ermöglichen (These 8). Nach Meinung von Pavel Mayer müsse unser Bildungssystem personell, institutionell und inhaltlich radikal verändert werden, da das bestehende System versage (These 9). Das DIVSI ist der Auffassung, dass bei positiver Nutzung das Internet Bildung fördern könne (These 7). Pavel Mayer geht noch weiter und meint: Zukünftig werde das Netz das wichtigste Mittel für Bildung sein (These 9). Der Chaos Computer Club betrachtet die Netzbürger als „Souverän“, der in einem selbstbestimmten Umgang mit „seinem“ Netz ausgebildet werden müsse (Einleitung). Auch Thomas de Maizière fordert eine Stärkung der Selbstbestimmung der Nutzer, z. B. durch vermehrte Aufklärung über die Abläufe im Internet (These 4).

3.2 Kategorie „Netzpolitik“

Die Kategorie „Netzpolitik“ beinhaltet Thesen, die sich mit der Frage nach der Rolle und dem Umfang dieses Politikfeldes, seinen Akteuren und der Art der Ausgestaltung zukünftiger Internet-Entwicklung (Transparenz und Netzneutralität) beschäftigen.

¹⁵ Vgl. 5. These von Malte Spitz, 2. These der Christlich Demokratischen Union, 1. These der Christlich Sozialen Union, 6. These von D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt.

Netzpolitik

Aufgrund der Neu- und Andersartigkeit netzpolitischer Themen sind Fokus und Umfang der Netzpolitik derzeit noch nicht völlig klar. Dies umfasst auch die Frage, welche Akteure sich in der Netzpolitik verantwortlich engagieren oder engagieren sollten.

Was ist Netzpolitik? Ist es ein neues Politikfeld oder nur ein Querschnittsthema? Der Netzrat der CSU findet viele bestehende Politikfelder in der Netzpolitik wieder. An der Betitelung der einzelnen Netzthesen mit „1) Netzpolitik ist Bildungspolitik [...], 2) Netzpolitik ist Familien- und Jugendpolitik [...], 3) Netzpolitik ist Haushaltspolitik“ lässt sich dies ablesen.¹⁶ Wen geht die Netzpolitik eigentlich etwas an? Betrifft sie nur Experten, Nutzer oder doch alle Bürger? Hierzu werden gegenläufige Positionen vertreten. Pavel Mayer meint, dass diejenigen, die nicht im Netz lebten, auch keine passenden Regeln für das Netz machen könnten, deshalb gehöre die Netzpolitik in die Hände von Netzbürgern (These 3). Das DIVSI ist im Gegensatz zu Mayer der Auffassung, dass das Internet viel zu wichtig sei, um es nur Fachleuten zu überlassen (These 7) – es revolutioniere unseren Alltag und deshalb gehe es uns alle an (These 1). Der Verein D64 vertritt die These, dass sich das Thema noch nicht etabliert habe, und fordert von staatlichen Stellen, das Netz endlich ernst zu nehmen (These 4). Das Kompetenzgerangel und die unklaren Verantwortlichkeiten werden von Malte Spitz kritisiert – zudem verlangt er klare politische Verfechter und eine kohärente politische Linie (These 8). Der Netzrat der CSU geht noch weiter und fordert die Schaffung des Amtes eines Staatsministers für Internet und digitale Gesellschaft auf Bundesebene (These 10). Für den Arbeitskreis Netzpolitik der CDU ist der Staat in einer netzpolitischen Pflicht und staatliche Regulierung auch im Netz unabdingbar (These 3), allerdings müsse eine solche Regulierung mit Augenmaß stattfinden, so dass eigenverantwortlicher Umgang und Interessenausgleich möglich bleiben (These 1). Die Frage des inhaltlichen Umfangs oder der relevanten netzpolitischen Akteure findet beim Chaos Computer Club keine nähere Erwähnung.

Transparenz

Transparenz ist in der aktuellen Diskussion eine der maßgeblichen Eigenschaften, die dem Internet zugeschrieben und für dieses als notwendig erachtet werden; gleichwohl bedürfe es gewisser Anstrengungen, Transparenz auch in Zukunft zu sichern. Transparenz hat somit sowohl einen Bezug zu Inhalten des Netzes als auch zu dessen Weiterentwicklung.

Am Anfang einer offenen Demokratie stünden Dialog und Transparenz, so Malte Spitz (These 6). Der Chaos Computer Club fordert eine transparente Handhabung von öffentlichen Daten wie Statistikdaten, Wetterdaten, geographischen Daten und Karten, Satellitenaufnahmen usw. (These 4). Nach Auffassung des Vereins D64 wird Demokratievertrauen nur durch eine umfassende, lückenlose Transparenz erreicht – auf der anderen Seite vertritt der Verein in seinen Netzthesen aber auch die Position, dass es eine gewisse Geheimhaltung und Vertraulichkeit in der Politik und der Verwaltung brauche, diese müsse jedoch gesondert gerechtfertigt und begründet werden (These 4). Das DIVSI (These 2) hält einen transparenten und demokratischen Gestaltungsprozess für nötig, um das Vertrauen der Menschen in den Nutzen der Technologie zu stärken. Thomas de Maizière löst diesen Konflikt mit der Aussage, dass Transparenz dem Gebot der Verhältnismäßigkeit unterliege (These 8). Pavel

¹⁶ Vgl. CSU 2012, S. 37ff.

Mayer konstatiert, Offenheit und Transparenz würden vom Netz belohnt, Politik müsse dementsprechend maximal offen und transparent sein (These 2). Stephan Eisel spricht lediglich von einer notwendigen Transparenz von Angeboten im Internet, die Wirtschaftskonzentrationen verhindern solle, die der Nutzer nicht durchblicken kann (These 5). In den Thesen des Arbeitskreises Netzpolitik der CDU findet Transparenz keine Erwähnung.

Netzneutralität

Neben Datenschutz und Urheberrecht ist Netzneutralität eines der entscheidenden Zukunftsthemen des Internets. Netzneutralität beschäftigt sich mit der Frage, ob bestimmten Diensten oder Inhalten im Internet Vorrang gewährt werden solle. In der allgemeinen netzpolitischen Diskussion ergibt sich ein Konflikt zwischen den Befürwortern einer Priorisierung aufgrund der starken Auslastung der Datenverbindungen und den Gegnern einer Priorisierung bestimmter Angebote, da dies mit dem Gleichheitsdenken in Bezug auf das Internet unvereinbar wäre.

Bei der Betrachtung der Netzthesen fällt auf, dass sich nur der Chaos Computer Club, Malte Spitz und der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU des Themas angenommen haben. Der CCC konstatiert, dass eine Entfaltung des Netznutzens nur bei Netzneutralität garantiert sei (These 2). Malte Spitz stuft Netzneutralität als das zentrale netzpolitische Thema der nächsten fünf Jahre ein (These 1); der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU sieht darin ein wesentliches Element für Innovation im Internet (These 3).

Wissenschaft

Die Rolle der Wissenschaft findet in den Netzthesen keine nähere Erwähnung. Nur Malte Spitz ist der Meinung, dass die Wissenschaft neben Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei Themen wie Internet Governance und Open Democracy einbezogen werden solle (These 7). Darüber hinaus fordert der Verein D64 einen Wandel der Universitäten im Sinne der Netzgesellschaft und weist darauf hin, dass das universitäre Wissen öffentliches Wissen sei (These 9).

Transnationalität

Eine der bezeichnenden Eigenschaften des Internets ist seine Transnationalität, d. h. Internet-Angebote machen nicht an Staatsgrenzen Halt, sondern sie sind – wie auch die Bezeichnung „world wide web“ für die am häufigsten genutzte technische Plattform im Internet zeigt – global verfügbar. Dies ist z. B. in Bezug auf staatenübergreifende Regulierung von Belang.

Pavel Mayer sieht das globale Netz als selbstverständlichen Lebensraum (These 3); Begriffe wie Zeit, Raum und Territorium hätten eine völlig andere Bedeutung (These 4). Auch Stephan Eisel bezeichnet die örtliche und zeitliche Ungebundenheit des Internets als eine seiner primären Eigenschaften (These 1); das Internet sei ein globales Forum und besitze einen globalen Charakter (These 7). Auch für den Verein D64 ist das Internet global und nicht „nur europäisch“ (These 3).

Malte Spitz hält nationale „Kleinstaaterei“ im Internet für zum Scheitern verurteilt und befürwortet die Stärkung von internationalen Gremien und Diskussionsräumen (These 7). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU favorisiert eine Selbstregulierung der Dienste-Anbieter im Vergleich zu nationalstaatlichen

3.4 Kategorie „Kontroversen“

Die Kategorie Kontroversen beschäftigt sich im Gegensatz zur Kategorie Chancen mit strittigen Themen des Internets, bei denen vielfach die Befürchtung negativer Entwicklungen im Fokus steht.

Urheberrecht

Eines der am kontroversesten diskutierten Themen der aktuellen netzpolitischen Diskussion ist die Rolle des bestehenden Urheberrechts im digitalen Zeitalter und die Frage, wie zukünftig mit urheberrechtlichen Aspekten umgegangen werden soll.

Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU formuliert, dass adäquate Regelungen auch im digitalen Zeitalter für einen gerechten Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern sorgen müssen (These 4). Eine Annäherung an solche Regelungen bietet der Chaos Computer Club, der eine Bagatellgrenze für die Verfolgung von Verletzungen von Immaterialgüterrechten fordert. Zudem sollten die Kosten einer rechtlichen Durchsetzung bei einer Urheberrechtsverletzung gegen Privatleute (ohne kommerzielle Vorteile) eingeschränkt und Schutzfristen für urheberrechtlich geschützte Werke verkürzt werden. Eine weitere Forderung ist die Neuregelung des Kompensationsmodells für Urheber (These 6). Stefan Eisel spricht vom „Diebstahl geistigen Eigentums“ und zieht sich auf die Position zurück, dass dies nicht mit der Berufung auf die Freiheit im Netz entschuldigt werden könne, sondern ebenso wie der Diebstahl konventioneller Güter Ausdruck der Macht des Stärkeren über den Schwächeren sei und deshalb von der freiheitlichen Demokratie wirksam verhindert werden müsse (These 5). Pavel Mayer vertritt den Standpunkt, dass alle Monopolrechte auf Immaterialgüter auf den Prüfstand müssten (These 5). Der Verein D64 betont, dass ein Ausgleich zwischen freien Inhalten und solchen Inhalten, mit denen Einnahmen erzielt werden, möglich sein müsse. Das geltende Urheberrecht müsse dahingehend überarbeitet werden, dass Einnahmen für Kreative möglich seien, ohne obsoletere Produktions- und Distributionswege künstlich aufrecht zu erhalten (These 6). Eine Neugestaltung des Urheberrechts hält auch Malte Spitz für notwendig; da extreme Positionen die Vielschichtigkeit des Problems verkennen würden, seien eine Nutzerorientierung und eine Berücksichtigung berechtigter Interessen wichtig (These 4).

Anonymität

Eine Besonderheit des Internets ist die Möglichkeit, sich dort weitgehend anonym – zumindest jedoch unter einem Pseudonym – bewegen zu können.¹⁷ Diese Eigenschaft des Internets wird kontrovers diskutiert, da sie sowohl positive Auswirkungen haben kann, z.B. in Form von anonymer Kritik in autoritären Staaten, aber auch zu Diskriminierung, Verleumdung und kriminellen Aktivitäten genutzt werden kann.

Das DIVSI weist auf das Problem hin, dass die Anonymität die Strafverfolgung erschwere und dadurch zunehmend für kriminelle Zwecke missbraucht werde (These 4). Stephan Eisel kritisiert eine grundsätzliche Entkopplung des eigenen Handelns von der Verantwortung dafür (These 6).

¹⁷ Ob es eine völlige Anonymität im Internet tatsächlich gibt, lässt sich nicht ohne Weiteres bestätigen. Die Annahme ist zwar weit verbreitet, jedoch ist auch bei der Verwendung von identitätsschützender Software wie z. B. TOR eine, wenn auch aufwändige, Identifizierung über die IP-Adresse nicht ausgeschlossen. Zumindest für den Großteil der Nutzer sollte somit eher von Pseudonymität gesprochen werden. Letztendlich lässt sich in Anlehnung an Sascha Lobo (S.P.O.N. - Die Mensch-Maschine: Der Stalker und die Bloggerin, 5. Februar 2013) konstatieren, dass das Internet für die meisten Nutzer nicht anonym ist, sich aber so anfühlt – mit den entsprechenden Folgen.

Pavel Mayer sieht in der Anonymität eine wichtige Voraussetzung für viele Formen der Sicherheit bestimmter Menschen (These 7). Diese Auffassung wird von weiteren Netzthesen-Verfassern geteilt. Pseudonyme und Anonymität seien wichtig und schützenswert (Arbeitskreis Netzpolitik der CDU, These 4), eine anonyme Nutzung solle sichergestellt (Malte Spitz, These 5) und sogar ein Recht auf Anonymität etabliert werden (CCC, These 9). Thomas de Maizière vertritt die Auffassung, dass Anonymität und Identifizierbarkeit immer in einem Abwägungsverhältnis stünden (These 5).¹⁸ Der Verein D64 benennt das Problem Anonymität nicht explizit, lehnt aber den hiermit in Zusammenhang stehenden Ansatz einer Post-Privacy als Wert ab (These 6).

Datenschutz

Neben Urheberrecht und Netzneutralität ist Datenschutz eines der großen Themen der netzpolitischen Diskussion und eines der ältesten netzpolitischen Themen überhaupt. Die Frage nach der informationellen Selbstbestimmung, die bereits Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit der damaligen Volkszählung aufkam, hat mit der Entwicklung des Internets und den hiermit einhergehenden neuen Möglichkeiten großer Datensammlung und missbräuchlicher Datenverwendung neuen Aufschwung erhalten.

In den Netzthesen werden neben der allgemeinen Forderung, Daten besser zu schützen, verschiedene Grundprinzipien¹⁹ im Datenschutz angesprochen. Der Chaos Computer Club thematisiert die Datensparsamkeit und die Zweckbindung von Daten. Daten sollten nicht auf unbegrenzte Zeit gespeichert werden, es solle sparsam mit ihnen umgegangen werden, ohne Speicherzweck seien Daten unverzüglich zu löschen (These 8). Malte Spitz nennt auch die Prinzipien, die bereits vom Chaos Computer Club aufgegriffen wurden, und fügt das Grundprinzip der Transparenz hinzu (These 2), das eine Aufklärung der Betroffenen über die von ihnen gespeicherten Daten einfordert. Der Verein D64 erhebt die Datensparsamkeit zum Leitmotiv und die Transparenz zur zentralen Maßnahme (These 3). Thomas de Maizière bezieht sich zusätzlich auf das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, d. h. dass personenbezogene Daten nur erhoben, gespeichert und verarbeitet werden dürfen, wenn es eine gesetzliche Grundlage gibt oder die Betroffenen eingewilligt haben. Durch die freie Entfaltung im Internet sei das Phänomen der „persönlichen“ Datenmacht entstanden, diese müsse stärker mit den Persönlichkeitsrechten anderer zum Ausgleich gebracht werden, so Thomas de Maizière (These 3). Bei Pavel Mayer findet die Thematik keine Erwähnung.

Rechtsordnung

Zu Beginn der Internet-Entwicklung wurde häufig die Ansicht vertreten, das Internet sei ein gänzlich rechtsfreier Raum oder zumindest ein Ort, an dem das Recht der analogen Welt keine Bedeutung besitze. Mittlerweile ist jedoch anerkannt, dass das analoge Recht auch im Internet seine Gültigkeit besitzt. Allerdings wird diskutiert, ob Rechtsnormen für das Internet angepasst oder geändert werden müssen und inwiefern neue Rechtsnormen geschaffen werden sollten.

¹⁸ Darüber hinaus vgl. Herwig, Stefan: Austerierung von Anonymität im Netz. Ein kommunikationswissenschaftlicher Zwischenruf, in: Zeitschrift für Datenschutz 12 (2012), S. 558-563, sowie Internet und Gesellschaft Co:llaboratory: „Gleichgewicht und Spannung zwischen digitaler Privatheit und Öffentlichkeit“. Phänomene, Szenarien und Denkanstöße, Berlin 2011.

¹⁹ Vgl. Datenschutzbeauftragter: Die sieben Grundprinzipien im Datenschutz, 7. Februar 2012.

Stephan Eisel merkt an, dass sich das Internet nicht als rechtsfreier Raum gerieren dürfe (These 13). Die Gesetze der realen Welt ließen sich jedoch nicht einfach auf das Netz anwenden, weil das Internet grundsätzlich von anderer Natur sei, meint Pavel Mayer (These 4). Auch der Netzrat der CSU erkennt diesen Umstand an und vertritt die Ansicht, dass es Aufgabe der Rechtspolitik sei, die Rechtsordnung mit ihrer Rechtsdogmatik auf die Besonderheiten der Digitalisierung und Vernetzung einzustellen (These 9). Die bestehende Rechtsordnung gelte grundsätzlich auch für das Internet, wobei Eigenheiten des Netzes berücksichtigt werden müssten. Thomas de Maizière mahnt, dass es einer Rechtsordnung mit Augenmaß bedürfe, es also einen Weg zwischen dem Rückgriff auf bestehendes Recht, der Stärkung von Selbstregulierungskräften und der notwendigen Weiterentwicklung des Rechts zu finden gelte (These 2). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU ist der Auffassung, die Nutzer von Internet-Innovationen müssten die allgemeinen, d.h. für alle geltenden Regeln der Rechts- und Werteordnung auch für sich gelten lassen (These 1); eine Vorratsgesetzgebung bezüglich des Internets lehnt der Arbeitskreis ab, gesetzliche Regelungen sollen nur bei tatsächlicher Notwendigkeit geschaffen werden (These 3). Der Verein D64 fordert eine angemessene Umsetzung erworbener Freiheits- und Grundrechte für die Netzgesellschaft (These 6). Beim Chaos Computer Club wird das Thema der Rechtsordnung nicht thematisiert.

Digitale Sicherheit

Bei allen Chancen, die die Entwicklung des Internets mit sich gebracht hat, sind auch eine Reihe neuer Gefahren entstanden. Diese bestehen sowohl in bewusst schädlichen Aktivitäten mancher Nutzer als auch im Fehlverhalten normaler Nutzer, die sich teils ohne ihr Wissen im Internet in die Gefahr begeben, z.B. ausspioniert oder betrogen zu werden.

Stephan Eisel kommt zu dem Schluss, dass durch das Internet Gefährdungen der inneren und äußeren Sicherheit bestünden (These 14). Pavel Mayer betont, dass das Netz Dinge ermögliche, ohne dass sich der Nutzer einer Gefahr für Leib und Leben aussetze. Er stellt zudem fest, dass Schwerverbrechen nicht im Internet, sondern in der realen Welt begangen würden, und kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass das Netz sicherer sei als die reale Welt (These 7). Der Netzrat der CSU sieht im Internet „Gefahren“ durch bestimmte Kriminalitätsformen, betont aber gleichzeitig, dass das Internet auch neue Chancen zur Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenprävention biete (These 8). Der Staat habe die Pflicht, nachhaltig über Gefahren aufzuklären und sicherheitspolitische Maßnahmen besser zu erklären, so das DIVSI. Aber auch der Bürger müsse wissen, dass er im Netz vielfach für sich selbst Sicherheitsverantwortung habe (These 3, These 6). In Bezug auf die Verkehrssicherheit bei gefahrbehafteten Angeboten im Internet sieht Thomas de Maizière bei Nutzern und Anbietern eine eigene Verantwortung, die sich nach Risiken und Zumutbarkeit richten solle (These 6). Der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU sieht die staatlich verfasste Gemeinschaft in der Pflicht, freiheitssichernde Regeln auf den virtuellen Raum zu übertragen, da Netztechnologie neue Schauplätze erschaffe und neue Fragen aufwerfe (These 1). Malte Spitz sieht Gefahren vor allem in Bezug auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung. So müssten persönliche Daten effektiv gegenüber dem Staat und der Wirtschaft geschützt werden (These 2). Mittel hierzu sei die informationelle Selbstverteidigung, die sich auf eine anonyme Nutzung des Internets stützt und deren Grundlage Medienkompetenz sei (These 5). Eine Verbesserung der Medienkompetenz hält auch der Verein D64 für ein sicheres Verhalten der Nutzer im Internet für notwendig, eine Benennung von Gefahren findet hier allerdings nicht statt (These 6). Der Chaos Computer Club thematisiert die Problematik nicht.

Digitale Spaltung

Eines der Zukunftsthemen der netzpolitischen Diskussion wird die Frage nach einer digitalen Spaltung sein. Diese Spaltung entsteht dadurch, dass bestimmte Teile der Bevölkerung mit den raschen technischen Neuerungen im Internet bereits heute und gegebenenfalls auch in Zukunft nicht mehr mithalten können. Hierdurch könne sich die Gesellschaft in Nutzer (sog. „Onliner“) und Nichtnutzer (sog. „Offliner“) aufspalten, wenn keine Maßnahmen zur Überbrückung dieser Spaltung unternommen werden.

Stephan Eisel spricht von einer dreifachen digitalen Spaltung und identifiziert drei Gruppen: die Gruppe der Nicht-Nutzer, die seltenen bzw. passiven Nutzer sowie die digital aktiven und avantgardistischen Nutzer (These 3). Nach Ansicht von Pavel Mayer spalte das Netz die Gesellschaft, weil das Bildungssystem versage (These 9). Malte Spitz sieht in einem fehlenden Internet-Anschluss die Gefahr des schnellen „abgehängt Seins“ (These 6). Unabhängig von den potenziellen Ursachen der digitalen Spaltung erkennt der Netzrat der CSU, dass es besonderer Anstrengungen bedürfe, um nicht den Anschluss an die „Digital Natives“ zu verlieren (These 10). Auch der Arbeitskreis Netzpolitik der CDU will niemanden digital „zurücklassen“ (These 2). In der Aussage des DIVSI, „ob wir es [das Internet] schon nutzen oder (noch) nicht“, steckt die Erwartung, dass die digitale Spaltung nur ein vorübergehender Zustand ist und es in Zukunft zwangsläufig zu einer selbstverständlichen Internet-Nutzung durch eine große Mehrheit der Menschen kommen wird. Der Verein D64 betont, dass in der Schule Technik und Medienkompetenz vermittelt werden müssten und auch jenseits der Schule Bildungsangebote für Menschen aller Alters- und Gesellschaftsgruppen, die zur sicheren und routinierten Teilhabe befähigen, bereitstehen müssten (These 2). Thomas de Maizière und der Chaos Computer Club behandeln die Problematik einer digitalen Spaltung nicht.

4. Positionierungen aus den netzpolitischen Thesen

Das Themenspektrum der ausgewählten Netzthesen ist breit. Je nach Verfasser werden unterschiedliche Schwerpunkte deutlich. Wie die obenstehende Auseinandersetzung mit den einzelnen Thesen-sätzen gezeigt hat, gibt es trotz der Breite des Themenspektrums bestimmte netzpolitische Aspekte, die die Diskussion dominieren. Die öffentliche Diskussion verläuft entlang von Themen wie freier Netzzugang, Urheberrecht, Anonymität im Internet, Datenschutz und Netzneutralität. Die untersuchten Netzthesen knüpfen ebenfalls an diese Themen an, wobei sich eine Reihe möglicher Positionierungen zu den einzelnen Themen ergeben. Wie sich die einzelnen Autoren zu den Themen positioniert haben, lässt sich anhand der Thesen in einem Positionsdiagramm abbilden²⁰. Aus den in den untersuchten netzpolitischen Thesen erwähnten Themen und Problemen wurden für die Positionierung der Autoren die folgenden 19 grundlegenden Aussagen zum Internet und zur Netzpolitik abgeleitet:

²⁰ Zu beachten ist, dass sich die Positionierung zunächst einmal nur auf den Zeitraum der Veröffentlichung der Thesen bezieht und eine Änderung des Standpunktes grundsätzlich möglich ist. Tatsächliche spätere Abweichungen der Autoren zu ihren ursprünglich veröffentlichten Thesen konnten im Rahmen dieser Untersuchung nicht festgestellt werden, allerdings ist, wie eingangs erwähnt, seit Veröffentlichung der Thesen noch nicht sehr viel Zeit verstrichen.

Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Untersuchung der Theseninhalte. Über die Thesen hinausgehende, in den jeweiligen Dokumenten erwähnte Positionierungen oder Argumente blieben unberücksichtigt, um eine grundlegende Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Unter „Konsens“ wurden alle Bereiche gefasst, bei denen sich ein gemeinsamer Ausgangspunkt feststellen ließ, d.h. Einigkeit über die Existenz eines Problems und die Notwendigkeit, es zu lösen, ggf. mit unterschiedlichen Ansätzen für die Problemlösung. Ein Beispiel ist der Bereich Urheberrecht: Bei allen Autoren wird der Bereich thematisiert und die grundsätzliche Notwendigkeit einer Regelung erkannt, auch wenn unterschiedliche Arten einer möglichen Regelung vertreten werden.

Unter „Dissens“ wurden die Bereiche gefasst, bei denen unter den Autoren unvereinbare Positionen oder eine fehlende Einigkeit bezüglich des Problems vorherrschen. Hier gibt es nur einen Fall: Den Bereich „Anonymität“, bei dem die derzeitigen Positionen der Akteure („absolut notwendig/wichtig“ vs. „vollkommen unnötig/gefährlich“) unvereinbar erscheinen.

Unter „Neutral“ wurden alle Bereiche gefasst, die sich weder klar zu Konsens noch zu Dissens zuordnen ließen. Zumeist besteht hier Einigkeit darüber, dass der Bereich ein Thema des Politikfelds Netzpolitik ist, allerdings besteht Uneinigkeit darüber, ob in diesem Bereich ein zu lösendes Problem besteht oder nicht, und falls ja, wie damit umgegangen werden soll. Beispiel hierfür ist der Bereich digitale Spaltung.

Die Positionierung der einzelnen Autoren hat gezeigt, dass ein tatsächlicher Dissens lediglich über die Rolle der Anonymität im Internet herrscht, an der Bruchlinie der Abwägung von Freiheit und Sicherheit.

In vielen anderen Themenbereichen zeigt sich abseits von Detailfragen hingegen ein grundlegender Konsens zur Wichtigkeit und Ausrichtung der Themen. Dies betrifft u.a. Themen wie Urheberrecht, Datenschutz, freien Netzzugang und Transparenz, die in letzter Zeit vielfältig in der Diskussion standen und in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Die meisten Themen fallen in den Bereich „Neutral“, was bei den unterschiedlichen Hintergründen der Autoren zwar nicht überrascht, für den Fortschritt der Netzpolitik aber eine überwindbare Hürde ist. Der Bereich umfasst durchaus wichtige Themen wie digitale Spaltung, Netzneutralität, Sicherheit und vor allem die Rolle und das Wesen der Netzpolitik selbst. Viele dieser Themen werden voraussichtlich in Zukunft Gegenstand öffentlicher Debatten. Die Beantwortung der Frage nach Rolle und Wesen der Netzpolitik wird für die weitere Entwicklung des Politikfeldes ein notwendiges Kriterium darstellen.

Ein Bereich, der in den Thesen nicht angeführt und offenbar nicht als besonderes Problem gesehen wird, ist „Internet Governance“. Eine Auseinandersetzung mit der Steuerung der Weiterentwicklung des Internets und den hierbei relevanten Akteuren findet in den Thesen nicht statt, obgleich beispielsweise die Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ gezeigt hat, dass diesem Themenfeld durchaus mehr Aufmerksamkeit zuteil werden sollte. Eine Projektgruppe der Kommission befasste sich ausschließlich mit den für die Internet Governance zuständigen internationalen Organisationen und deren Organisationsformen sowie mit angemessenen Einflussmöglich-

keiten Deutschlands als eine der größten Volkswirtschaften der Welt. Wer wissen möchte, was in Sachen Internet diskutiert wird und wer sich selbst einbringen möchte, muss bei einem globalen Medium und einer weltweit vernetzten Gemeinschaft die Stakeholder und deren Strukturen kennen.

Tabelle 1: Konsens und Dissens zu netzpolitischen Themenkomplexen

Konsens	Neutral	Dissens
• Werte	• Wissenschaft	• Anonymität
• Datenschutz	• Netzwirtschaft	
• Recht	• Netzpolitik	
• Bildung	• Transnationalität	
• Verwaltung	• digitale Spaltung	
• Transparenz	• Teilhabe	
• Urheberrecht	• Netzneutralität	
• freier Netzzugang	• Sicherheit	
	• Demokratie	
	• Internet als Instrument	

Die Zukunft des Internets wird unter verschiedenen Aspekten diskutiert; zwei Hauptrichtungen stehen derzeit allerdings aus der Menge heraus. Zum Einen die Idee eines „Semantic Web“²¹, in Anlehnung an das Web 2.0 auch als Web 3.0 bezeichnet, zum Anderen die Idee eines „Internet der Dinge“²².

Pläne für ein Semantic Web beruhen auf der Idee, über die Vernetzung von Daten und Dokumenten im Web 2.0 hinaus durch eine Vernetzung von Informationen und deren Bedeutung Mehrwerte zu erzeugen. Im Web 2.0 werden derzeit Daten und Dokumente anhand von „links“ und sogenannten „tags“ (Schlagworten) auffindbar gemacht. Ein Problem, das hierbei entsteht, ist eine Überfrachtung mit Schlagworten: die schiere Menge an Ergebnissen, die eine Suche nach einem Schlagwort liefert, verhindert u.U. das Auffinden relevanter Informationen durch den Nutzer. Verstärkt wird dies teilweise durch eine auf Priorisierung aufbauende Technik von Suchmaschinen und die Tatsache, dass weite Teile des Internets auf herkömmlichem Wege gar nicht aufzufinden sind (das sogenannte „deep web“, das für Suchmaschinen „unsichtbar“ ist). Das Semantic Web soll hier dadurch Abhilfe schaffen, dass Computer durch eine dem „www“ angefügte Ebene von „Bedeutungen“ in die Lage versetzt werden, Ergebnisse anhand eingegebener Suchbegriffe besser zu filtern und automatisch zu unterscheiden, ob gerade nach Berlin in Deutschland oder Berlin in Honduras gesucht wird. Das Auffinden von Informationen im Netz würde so beschleunigt, Ergebnisse z. B. um Redundanzen bereinigt. Gipfel dieser Entwicklung könnte die Möglichkeit sein, passgenaue Ergebnisse anhand der (ggf. mündlichen) Eingabe detaillierter Fragen zu erhalten (z. B. „Wo kann ich Ende September mit meinen Kindern günstig Urlaub in der Sonne machen?“).

²¹ Vgl. Tolksdorf, Robert: Web 3.0 – die Dimension der Zukunft, 31. August 2007, sowie Berners-Lee, Tim/Handler, James/Lasilla, Ora: The Semantic Web. Scientific American, 17. Mai 2001.

²² Vgl. Spehr, Michael: So startet das Internet der Dinge, 23. Dezember 2012, sowie Dreier, Jochen: Das Internet der Dinge ist auf dem Vormarsch, 16. Januar 2013 (siehe Literaturverzeichnis).